

## **Ach, wie gut, was niemand weiß**

### **Hauptaufgabe Konspiration – Gestalten des kommunistischen Untergrunds**

Jochen Stadt

Geheimniskrämerei gehörte von Anfang an zum Wesen kommunistischer Organisationen. In vorrevolutionären Zeiten war das dem Verfolgungsdruck der Staatsinstitutionen geschuldet, gegen die der revolutionäre Umsturz herbeigeführt werden sollte, nach der erfolgreichen Machtergreifung dem Staatsverständnis der Diktatur des Proletariats. Die Geheimhaltung von inneren Abläufen in Regierungs- und Herrschaftsapparaten gehörte zum Wesen der proletarischen Diktatur, die sich von inneren und äußeren Feinden bedroht sah und gegen diese konterrevolutionäre Bedrohung mit allen Mitteln schützten wollte. Der Klassenfeind konnte überall lauern, von überall her eindringen, ja sogar im engsten Zirkel der Macht über „Agenturen“ verfügen, die ihm zur Rückverwandlung der erreichten sozialistischen Veränderungen in die überkommenen kapitalistischen Verhältnisse Hilfe leisten – objektiv oder subjektiv. Selbst in Zeiten relativer Stabilität kommunistischer Systeme arbeiteten die dort Herrschenden fortwährend und beharrlich am Ausbau und an der Perfektionierung ihrer Geheimpolizeien.

Die Männer der Ordnung in den kommunistischen Regimes hatten häufig eine biographische Vorgeschichte als Gesetzesbrecher und Protagonisten von Chaos und Unordnung. Auf beiden Handlungsebenen aber, in der vor- und nachrevolutionären Funktionärsarbeit, gehörte die Konspiration zum Wesen ihres politischen Daseins. Die eigene Verantwortlichkeit wie auch der persönliche Beitrag zum Gang der revolutionären Dinge durfte allenfalls einem kleinen inneren Kreis von Eingeweihten bekannt sein, und selbst als alle früheren Taten schon zu Geschichte geronnen waren, beherzigten die alten Geheimsträger das Schweigegebot ihrer Parteidoktrin.

Aus verschiedenen archivalischen Überlieferungen lassen sich inzwischen exemplarische Biographien von Funktionären der verdeckten Nachrichtendienste von KPD und SED rekonstruieren. Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen mit Hermann Dünow und Bruno Haid zwei Männer, die für einige Zeit in geheimer Mission für KPD und SED tätig waren, bevor sie im DDR-Staatsapparat als vielfach geehrte Kader ihre Karrieren beendeten. Im Laufe ihrer Funktionärskarrieren hatten Hermann Dünow und Bruno Haid mehrfach miteinander zu tun. In gewisser Weise stehen die Biographien dieser beiden Männer auch exemplarisch für die unterschiedlichen Milieus, aus denen der Parteikommunismus in den zwanziger Jahren Zulauf erhielt. Hermann Dünow stammte aus der Berliner Arbeiterschaft, Bruno Haid stieß als junger Intellektueller zur KPD. Der folgende Text befaßt sich auch mit Personen ihres Arbeitsumfeldes seit den späten zwanziger Jahren und während der Diktaturdurchsetzung in SBZ und DDR. Es geht dabei um Denken und Handeln von Funktionären, die dem Kommunismus und der DDR auf Geheiß und Verderb gedient haben, todesmutig gegen die Nationalsozialisten kämpften und später feige bis zur Selbstverleugnung im neuen von ihnen mit erkämpften Staatswesen vor den eigenen Leuten klein begeben mußten. Am Ende saßen die Falken des revolutionären Kampfes mit gestutzten Flügeln im selbstgezimmerten Hühnerstall – Aufpasser der goldenen Hennen, die ihnen die Brutkästen für eine neue Welt füllen sollten.

*Hermann Dünow – Biographie eines subversiven Parteiarbeiters in KPD und SED*

Geboren im Jahr 1898 wuchs Hermann Dünow mit fünf Geschwistern als Sohn eines Metallarbeiters in Berlin auf, seine Mutter war Wäscherin. Nach der Schulzeit erlernte Dünow bei der Firma Gebrüder Israel in der Kreuzberger Ritterstraße den Beruf des Klempners. Im Januar 1917 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und in einem Jägerbataillon in Mazedonien und Frankreich eingesetzt. Im Januar 1919 kehrte er zurück nach Berlin und trat der USPD bei. Mit der Mehrheit der Partei kam er 1920 beim Zusammenschluß mit der KPD in die VKPD.<sup>1</sup> Im März 1921 heiratete Hermann Dünow seine erste Frau Frieda Kallien, die er rückblickend als politisch unerfahren bezeichnet. In der jungen Ehe kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil Dünow, der inzwischen bei Siemens & Halske Arbeit gefunden hatte, als Mitglied des Betriebsrates oft sehr spät nach Hause kam und viel Zeit auf Parteiversammlungen verbrachte. Im Laufe der Zeit habe sich seine Frau dann aber „zu einer ausgezeichneten Genossin“ entwickelt und an der Parteiarbeit teilgenommen. Sie starb 1942, als er im Zuchthaus saß. 1947 heiratete er zum zweiten Mal, Eleonore Kirsch, die wegen ihrer kommunistischen Untergrundarbeit in der NS-Zeit fünf Jahre im Zuchthaus Cottbus eingekerkert gewesen war.

Nachdem Hermann Dünow 1922 aus politischen Gründen seine Arbeit verloren hatte, beteiligte er sich kurzzeitig an der Land-Agitation, bis ihn 1923 der Leiter des KPD-Nachrichtendienstes Jacob (Jockel) Jansen für seinen Verantwortungsbereich entdeckte. Bei Jockel Jansen erlernte Hermann Dünow in Berlin-Neukölln das Handwerk der geheimen Parteiarbeit. Er muß sich dabei besonders hervorgetan haben, denn Ernst Schneller holte ihn 1927 als hauptamtlichen Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD ins Karl-Liebknecht-Haus. Dünow war nun für die Abwehrarbeit in der militärpolitischen Abteilung (MA) verantwortlich. Seine Vorgänger im Abwehrressort waren Otto Braun, kurze Zeit Jakob Boulanger und Baron. Im Abwehrressort des ZK blieb Dünow für die „Zerstellungsarbeit“ in Reichswehr und Polizei zuständig, bis er 1930 zur Weiterbildung an die Moskauer Militärpolitische Schule in die Sowjetunion delegiert wurde. Sein Nachfolger im Militärapparat des ZK wurde Rudi Schwarz. Aus Moskau zurück übernahm Dünow die Stelle eines Sekretärs des ZK-Abteilungsleiters Hans Kippenberger, der inzwischen den militärpolitischen Apparat von Ernst Schneller übernommen hatte. Seit 1932 war Dünow mit Aufgaben zur Vorbereitung des Übergangs der KPD in die Illegalität befaßt, vor allem mit Vorbereitungen auf Quartierbeschaffungen und „technische Möglichkeiten“ der Untergrundarbeit.<sup>2</sup>

Über die konkrete Arbeit im militärpolitischen Apparat der KPD sprach Dünow in den sechziger Jahren mehrfach vor Mitarbeitern des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) beim Zentralkomitee der SED. Seine Ausführungen behandelten die Zeit der Abwehrarbeit in Berlin-Neukölln (Nachrichtendienst der KPD), in der Regionalleitung Berlin-Brandenburgs und die „Arbeit der zentralen Leitung der militärpolitischen Abteilung des ZK 1927—1933“, die illegale Arbeit nach Hitlers Machtergreifung, die Haftzeit

1 Selbstverfaßte Lebensläufe und biographische Angaben Hermann Dünows finden sich in Unterlagen der NS-Sondersammlung des MfS, Abteilung IX/11 – Teil Berlin, eingegangen in die Akte Polizei nach 1945 unter LAB C Rep. 375-01-01, Nr. 0079, in der Versorgungsakte Dünows des Hauptausschusses Opfer des Faschismus unter LAB C Rep. 118-01, Nr. 24960 sowie in diversen Überlieferungen der SAPMO und des Mdl-Bestandes im Bundesarchiv. Für umfangreiche Recherchen im Landesarchiv Berlin und im Bundesarchiv zur Biographie Hermann Dünows dankt der Autor den studentischen Mitarbeiterinnen des Forschungsverbundes SED-Staat Yasmin Poslek und Mathilde Schäfer, für Recherchen im Archiv des BStU Burkhard Dickow.

2 Vgl. Erinnerungen des Genossen Hermann Dünow, Niederschrift vom 21. April 1964. SAPMO-BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

in verschiedenen Zuchthäusern bis 1945 und seine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium nach 1945 sowie in der DDR-Volkspolizei.

Im Oktober 1967 hielt Dünow im IML einen Vortrag über die militärpolitische Arbeit der KPD vor 1933. In seiner Vorbemerkung sagte er zur Erläuterung der damaligen KPD-Politik: „Wenn wir die ganze konspirative Arbeit in der Weimarer Republik betrachten, so kann man sie nur verstehen, wenn man davon ausgeht, daß das Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung damals die Eroberung der politischen Macht gewesen ist.“ Anders als heute habe es damals zur „Eroberung der politischen Macht nur einen Weg“ gegeben, „nämlich den Weg der bewaffneten Auseinandersetzung, den Weg des bewaffneten gewaltsamen Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“. Dünow verwies in diesem Zusammenhang auf die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Komintern, in denen es hieß: „Die Eroberung der Macht durch das Proletariat ist keine friedliche Eroberung der fertigen bürgerlichen Staatsmaschine durch Erreichung der Parlamentsmehrheit, die Eroberung der Macht durch das Proletariat ist die gewaltsame Vernichtung der bürgerlichen Macht, die Zerschlagung der kapitalistischen Staatsmaschine, der bürgerlichen Armee, Polizei, Beamten, Gerichte, Parlamente usw. und ihre Ersetzung durch neue Organe der proletarischen Macht, die vor allem Werkzeuge der Niederhaltung der Ausbeuter sind.“ Von diesem Grundsatz sei die KPD in ihrer militärpolitischen Arbeit vor 1933 ausgegangen.

#### *Parteiauftrag Zersetzung, Abwehrarbeit und Waffenbeschaffung*

Das Standardwerk der militärpolitischen Arbeit des AM-Apparats<sup>3</sup> der KPD war seinerzeit die Broschüre „Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstandes“ von Alfred Lange<sup>4</sup>, in der „der bewaffnete Aufstand“ als die „entschiedenste, schärfste und höchste Form des Klassenkampfes“ definiert wurde. Man müsse also, erklärte Dünow 1967, die damalige Situation und den Stand der marxistisch-leninistischen Theorie zur Grundlage der Einschätzung von damaligen „Einzelaktionen der konspirativen Arbeit“ nehmen, da man sonst geneigt sein könne, „diese oder jene Aktion als revolutionäres Abenteuer oder ultralinke Abweichung zu betrachten“. Nach dieser vorsichtigen Relativierung erläuterte Dünow die „vier Säulen“ der konspirativen KPD-Arbeit in der Weimarer Republik. Diese waren demnach:

1. Der Nachrichtendienst, der seit 1921 mit einer systematischen Arbeit in den gegnerischen Organisationen und im Staatsapparat begonnen habe. Man habe es dadurch zum Beispiel geschafft, die Lageberichte des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung schon in der Hand zu haben, bevor sie „draußen im Reich bei ihren Empfängern eintrafen“.
2. Die Zersetzungsarbeit in Reichswehr und Polizei.
3. Die Waffenbeschaffung. Sie habe auch nach dem Abklingen der „revolutionären Nachkriegskrise 1923“ eine wichtige Rolle gespielt, um für den Fall des Aufstandes vorbereitet zu sein. „Meiner Erinnerung nach war es 1927 oder 1928, als es gelang, aus der Leipziger Reichswehrkaserne mit einem Schlag 36 Maschinengewehre herauszuholen, die dann nachher entsprechend untergebracht wurden.“ Zur Waffenbeschaffung habe

3 Zur Abkürzung AM siehe weiter unten Dünows Erläuterung betr. Abteilung für Militärpolitik der KPD, zuweilen auch als M-Apparat bezeichnet.

4 Alfred Lange war das Pseudonym für den finnischen Kommunisten Tuure Lehijä (1893 bis 1976), 1939 Innenminister der „Finnischen Volksregierung“ unter Otto Kuusinen, nach dem Zweiten Weltkrieg General der Roten Armee.

auch „die Beschaffung von Sprengstoffen und sonstigen zum Kampf geeigneten Waffen“ gehört. Für die Tätigkeit dieses Ressorts finde sich in den KPD-Dokumenten die Abkürzung „Wumba“, was „Waffen- und Munitionsbeschaffungsapparat“ bedeute.

4. Die Abwehrarbeit. Sie sollte die KPD vor Spitzeln, Abenteurern und Schwindlern schützen. Zu diesem Zweck wurden parteiintern „regelmäßig sogenannte schwarze Listen herausgegeben“. Veröffentlicht wurde dann in größeren Abständen ein „Spitzel-Almanach“.

Im Rahmen seines Vortrages erwähnte Dünow eine Reihe von Namen damaliger Verantwortungsträger. Demnach leitete Paul Heimburger seit 1928 die Zersetzungsarbeit, während er, Dünow, die Abwehr organisierte und unter anderem auch den „Spitzel-Almanach“ herausgab. Während seiner Funktionärstätigkeit in der Berlin-Brandenburger KPD-Leitung war Kurt Bartel („Fred“) der Verantwortliche für „die Zersetzungsarbeit in der Berliner Polizei“. Ab 1930 organisierte die Polizeiarbeit Albert Priewe („Gustav“). Später, 1932, war Rudolf Schwarz („Horst“) für die zentrale Polizeiarbeit zuständig. Er wurde 1934 mit John Schehr ermordet. Leopold Roth („Viktor“) war für Parteien und Organisationen rechts vom Zentrum zuständig. Im Rahmen seines Erinnerungsvortrages berichtete Dünow auch von der Spitzelarbeit im „Leninbund“ (Fischer/Maslow) und sehr distanziert über seine Zusammenarbeit mit dem Leiter der Organisationsabteilung des ZK, Herbert Wehner: „Es war der Wehner, der heute stellvertretender Vorsitzender der SPD in Westdeutschland ist. ... Er war zwar ein Mensch, der ganz brauchbare Gedanken entwickeln konnte, man konnte aber einfach nicht mit ihm warm werden.“

Von Zeit zu Zeit seien die Ressortleiter der Abteilung Militärpolitik zu Besprechungen in der „Geko“ (Gemeinsame Kommission) zusammengekommen. In den Überlieferungen der KPD fänden sich wechselnde Bezeichnungen für den Nachrichtendienst der Partei und seine Untergliederungen. So firmierte ein Bereich etwa als 24 Berlin, konkreter 24-3 oder 24-7. Die 24 stand für Berlin, 24-3 war also der Leiter des Nachrichtendienstes des 3. Verwaltungsbezirks. Diese Bezeichnungen galten bis 1924/25. Danach hieß der Nachrichtendienst „His“ (Hauptinformationsstelle), später fungierte die gesamte militärpolitische Abteilung unter der Bezeichnung „Stolp“ bzw. die Ressorts als „Stolp A“, „Stolp B“ usw. Unter der Leitung Hans Kippenbergers firmierte der Nachrichtendienst seit 1928 als „AM-Apparat“. Dünow behauptete, das sei seine Idee gewesen, um nicht die „Militärpolitische Abteilung“ unter dem Kürzel „MA“ erkennbar werden zu lassen. „AM“ stand als Abteilung für Militärpolitik, was den Vorteil hatte, „daß man notfalls vor Gericht der ganzen Arbeit als ‚Antimilitaristische Abteilung‘ einen gewissen pazifistischen Anstrich geben konnte“.<sup>5</sup> Wie himmelweit der kommunistische AM-Apparat allerdings von jeglichem Pazifismus entfernt war, geht aus dem zeitgenössischen Schrifttum dieser Abteilung des KPD-Zentralkomitees hervor und aus den Aufstandsplänen der KPD-Führung.

Über seinen persönlichen Beitrag dazu berichtete Dünow 1969 den Historikern des IML, er sei nach dem 12. Parteitag der KPD 1929 mit der Ausarbeitung eines ausführlichen Plans „über den wahrscheinlichen Verlauf eines bewaffneten Aufstandes in Deutschland“ betraut worden. Es standen zwei Szenarien für den Verlauf des Aufstandes zu Diskussion. Die von ihm entworfene Variante sah den Beginn des Aufstandes in Berlin und im Ruhrgebiet vor, die Bildung eines revolutionären Zentrums als „ge-

5 Beitrag des Genossen Hermann Dünow, abgezeichnet von ihm am 23. Oktober 1967. SAPMO – BArch, ZPA, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

schlossenes Herrschaftsgebiet der Arbeitermacht“ in der Mitte Deutschlands und danach Vorstöße nach Süden und Norden, um dort die Konterrevolution getrennt zu schlagen. Nach ausführlicher Beratung in der Abteilung habe sich sein Aufstandsplan durchgesetzt. Er wurde „von Hans Kippenberger nunmehr Heinz Neumann vorgelegt und sodann vom Polit-Büro bestätigt. Ich habe den Plan“, heißt es in der Niederschrift der Dünow-Erinnerungen, „bald nach seiner Bestätigung in einer Konferenz mit allen Polit-Leitern der Bezirke sehr eingehend begründet und bis in alle Einzelheiten dargelegt, wie die Dinge in einer neuen akut revolutionären Situation verlaufen könnten.“<sup>6</sup>

Über die Ausbildung der KPD-Militärkader in der Sowjetunion sprach Dünow im Frühjahr 1964 ebenfalls im IML. Nachdem es 1929, „besonders nach den Berliner Maikämpfen im Wedding und Neukölln“, offenbar geworden sei, „daß die Zeit der relativen Stabilisierung ihrem Ende zugeing und eine neue revolutionäre Situation heranwuchs“ habe Thälmann auf dem 12. Parteitag „auch zu militärpolitischen Problemen Stellung“ genommen. Es sei kurz danach entschieden worden, „den militärpolitischen Kadern der Partei eine gründliche Schulung und Ausbildung zu vermitteln“. Diesem Zweck habe eine sechsmonatige militärpolitische Schulung in Moskau gedient, zu der „Genossen aus allen Bezirken der Partei delegiert“ wurden. Drei oder vier solcher Kurse wurden beginnend mit dem ersten Durchgang von Februar bis Juni 1930 durchgeführt. Dünow nahm in seinem Durchgang die Funktion des Parteisekretärs wahr. Über jeden Schüler wurde dem ZK in Deutschland eine Beurteilung der Schulleitung übermittelt. Im Februar 1933 habe ihm Alfred Kattner mitgeteilt, daß eine verschlossene Kiste mit wichtigen Parteimaterialien in der Sternwarte Berlin-Treptow bei einem als Heizer beschäftigten KPD-Mann versteckt sei. Es stellte sich heraus, daß es sich um die Kartei der Moskauer Militärpolitischen Schule handelte, die Dünow sofort an Ort und Stelle verbrannte. „Es existierte in Deutschland kein Exemplar einer solchen Kartei mehr.“ Im Verlaufe des Gerichtsverfahrens gegen ihn habe er bestritten an der Schule in Moskau gewesen zu sein, was auch nicht nachgewiesen werden konnte. Während der Haft sei 1938 ein Gestapo-Beamter im Zuchthaus Gollnow in Pommern erschienen und habe ihn mit Dokumenten konfrontiert, die auf jedem Blatt, wie in der verbrannten Kartei, die Daten und Charakteristiken der einzelnen Schüler enthielten. „Meiner Ansicht nach handelte es sich bei der Zusammenstellung dieses Materials nicht um sogenannte kriminalistische Kleinarbeit,“ die aus Aussagen von Festgenommenen erstellt wurde, „sondern meiner Meinung nach kann diese Kartei nur insgesamt der Gestapo in die Hände gefallen sein, und ich habe keine andere Erklärung dafür, der Ursprung muß in Moskau liegen.“<sup>7</sup> Ein ungeheuerlicher Vorwurf? Angesichts der Tatsache, daß die meisten in die Sowjetunion geflüchteten AM-Funktionäre der stalinistischen Mordmaschine zum Opfer fielen, nachdem ihnen in NKWD-Haft zum Teil die absurdesten gegenseitigen Beschuldigungen abgepreßt worden waren<sup>8</sup>, ist eine Übergabe der Kartei in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes freilich durchaus vorstellbar. Wenn der NKWD die in seinen Einflußbereich geratenen AM-Emigranten so gnadenlos auslöschte, wie 1936/37 geschehen, warum sollte die Sowjet-Geheimpolizei nicht der Gestapo die in Deutschland verbliebene AM-Resttruppe ans Messer liefern?

6 Fortsetzung der Erinnerung von Hermann Dünow, Niederschrift vom 18. November 1969. SAPMO – BArch, ZPA, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

7 Erinnerungen des Genossen Hermann Dünow, datiert mit 21. April 1964. SAPMO – BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

8 Vgl. z. B. die Aussagen und Selbstbezeichnungen Hans Kippenbergers im NKWD-Verhör vom März 1937, wiedergegeben in Enzensberger, Hans Magnus: Hammerstein oder der Eigensinn. Frankfurt am Main 2008, S. 217 ff.

Doch zurück in die Zeit vor der nationalsozialistischen Revolution, in die Zeit da die KPD noch glaubte, daß zu ihren Gunsten „eine neue revolutionäre Situation heranwuchs“. Da längst nicht alle kampfbereiten Militanten zur Militärschulung in die Sowjetunion delegiert werden konnten, gab die AM-Abteilung des KPD-Zentralkomitees zur Information und Weiterbildung ihrer Aktivisten ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, das in den einschlägigen Kreisen offenbar eine rege Leserschaft ansprach.

*Das militärpolitische Mitteilungsblatt der KPD „Oktober“*

Seit 1927 gehörte Hermann Dünow zur Redaktion der Zeitschrift *Oktober, Militärpolitisches Mitteilungsblatt der KPD*.<sup>9</sup> Das Blatt wurde in Luxemburg gedruckt und illegal über die Grenze nach Deutschland gebracht. Nach Dünows Angaben erreichte das Blatt eine Auflage von bis zu 50 000 Exemplaren.<sup>10</sup> Die erste Ausgabe der Zeitschrift vom August 1926 enthielt unter der Überschrift: „Krieg dem Kriege“ einen einleitenden Text von Ernst Schneller. Darin hieß es, die Herausgabe der Zeitschrift erfolge zum Jahrestag des verhängnisvollen 4. August 1914. „Krieg dem Kriege“, das sei „die Ablehnung des Opportunismus der Arbeiteraristokratie und des Pazifismus des Kleinbürgertums“. In Ergänzung zu anderen revolutionären Zeitschriften solle *Oktober* der „besonderen militärpolitischen Aufklärung und Schulung des Proletariats dienen“. Nr. 2 vom November 1927 enthielt eine ausführliche und konkrete Darstellung des Hamburger Aufstandes samt einer Fehleranalyse.

In der Ausgabe Nr. 3 schrieb ein AM-Funktionär unter dem Pseudonym „Erich“ über „Die Bürgerkriegsschupo“. Unter der Zwischenüberschrift, „Wie kämpfen wir gegen die Bürgerkriegsschupo?“, wurde erklärt, daß es sich gegenwärtig „nicht um den Kampf mit der Waffe in der Hand, Mann gegen Mann handeln“ könne. In der Hauptsache sei der Kampf derzeit „ein propagandistischer und organisatorischer, der legal und illegal geführt werden muß mit dem Ziele der Zermürbung, Zersetzung und Zerstörung der Schupo von innen heraus.“ Dazu sei es wichtig, durch „systematische und regelmäßige Arbeit“ zuverlässige und brauchbare „Verbindungen und Zellen in den Polizeiformationen“ zu schaffen. Das Hauptmittel dazu seien Druckschriften und „vor allem die regelmäßige Herausgabe und gewissenhafte Verteilung der besonderen Zeitungen für die Schupo“. Die Mitglieder der KPD, insbesondere solche die beruflich mit Polizeibeamten zu tun hatten, wie „Straßenbahner, Straßenkehrer, Gastwirte, Händler“ sollten „durch Unterhaltung mit den Beamten“ nicht nur wichtige Informationen sammeln, sondern „auch dauernde Verbindungen anknüpfen“. Es dürfe aber bei dieser Verbindungsaufnahme keinen Zweifel über die Grundsatzorientierung gebe. „Der Polizei als Machtinstrument des kapitalistischen Staates gilt unser unversöhnlicher Kampf mit dem Ziel der Zerschlagung und Zertrümmerung des Polizeisystems.“ In der konkreten Arbeit sollte weder zu zaghaft noch zu schroff mit den Polizeibeamten umgegangen werden. Es müsse ihnen deutlich gemacht werden, daß es nur eine Entscheidung „entweder mit der Arbeiterschaft oder gegen die Arbeiterschaft“ geben können. Es könne „kein Drücken vor der Entscheidung“ geben, da im Falle der Revolution „das Proletariat vorwärts schreiten und alles zermalmen wird, was sich ihm in den Weg stellt“. Das deutsche Proletariat habe im Jahr 1918 die „Macht des kaiserlichen Militarismus zerschlagen. Es wird, wenn

9 Das Militärpolitische Mitteilungsblatt *Oktober* löste 1926 die bis dahin erschienenen Hefte *Vom Bürgerkrieg* ab, die bis dahin für den Militärapparat der KPD herausgegeben worden waren.

10 Die Angaben zur Auflage findet sich bei Hermann Dünow: *Gegen individuelle Einzelaktionen – für revolutionären Massenkampf*. Eine ernste Mahnung Ernst Thälmanns. SAPMO – BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

es gilt, erst recht mit der Polizeimacht der bürgerlichen Republik fertigwerden.“ Die Arbeit unter der Schupo müsse „unter den gegebenen Umständen in der Hauptsache illegal geführt werden“. Dafür gebe es einen „speziellen Apparat. Kein Bezirk, keine größere Stadt darf in Zukunft ohne einen solchen Apparat sein.“ Neben der friedlichen Aufklärung sei „die Zermürbung der Schutzpolizei“ erforderlich. In der gleichen Ausgabe (3/29) schrieb „Waldemar“ unter der Überschrift „Mit allen Mitteln gegen den Sozialfaschismus“. Im Artikel geht es um Informationsbeschaffung aus den Organisationen der „National- und Sozialfaschisten“. Es müsse beim Eindringen „proletarischer Elemente in den sozialfaschistischen Parteiapparat“ strengstens darauf geachtet werden, „daß sie nicht unnötig gefährdet werden“. Deswegen müsse die Verbindung zu diesen Vertrauensleuten geheim erfolgen.

Im Rahmen eines weiteren historischen Erinnerungsvortrages im IML behauptete Dünow im November 1969, der AM-Apparat habe in der Weimarer Polizei „erhebliche Erfolge“ erzielt. Insbesondere die eigens für Polizisten herausgegebene Betriebszeitung *Der Rote Gummiknüppel* habe eine recht weite Verbreitung gefunden. Im Jahr 1926 sei „der kommunistische Einfluß auf die Berliner Schutzpolizei so angewachsen, daß eine große Zahl der Schupo-Beamten aus Berlin herausgezogen und nach Rheinland-Westfalen strafversetzt werden mußte“. Das sei freilich nicht allein das Ergebnis der Zersetzungsarbeit gewesen, sondern der allgemeinen politischen Situation. „Als Ersatz für die unzuverlässig gewordenen Polizisten“ seien auswärtige Formationen hauptsächlich aus Ostpreußen herangeführt worden. Zur Abfahrt der Berliner Polizisten hätten sich „viele Kameraden des RFB in Uniform“ auf dem Bahnhof eingefunden und die Internationale gesungen. Bei den Wahlen am 17. Oktober 1927 zur Berliner Stadtverordnetenversammlung hätten kasernierte Polizisten in Wahllokalen der Kasernen abgestimmt, weswegen eine recht konkrete Auswertung des Wahlergebnisse für einzelne Polizeikasernen möglich war. In einer Kaserne erreichte die Liste der KPD die höchste und in drei anderen die zweithöchste Stimmenzahl. Insgesamt sei die KPD bei den kasernierten Polizisten auf Platz drei gestanden. *Das 12 Uhr Mittagsblatt* schrieb, nachdem die Wahlergebnisse in einigen Polizeikasernen bekannt geworden waren: „Bedenklich stimmen muß der große Einfluß der Kommunisten, die sich rühmen können, innerhalb der Schupo die drittstärkste PartWenn es bei diesen Hundertschaften einmal gelten sollte, gegen Putschistenei zu sein. loszugehen, könnte der Bruderkrieg zunächst in der eigenen Kaserne ausgetragen werden. Jeder vierte Berliner Schupo ein Kommunist, wer hätte das gedacht.“ Im Herbst 1929 sei in Berlin, „natürlich in strengster Illegalität, die erste Reichskonferenz der Roten Schupozellen in Deutschland durchgeführt“ worden, auf der ein polizeispezifisches Programm verabschiedet wurde. An der Konferenz hätten auch „mehrere aktive Polizisten der Weimarer Republik“ teilgenommen.<sup>11</sup>

In der KPD-Zeitschrift *Oktober* vom April 1930 finden sich unter anderem Angaben über Wahlergebnisse in der Polizeikaserne Wrangelstraße, wo die SPD 350 Stimmen, die KPD 250, die DNVP 135 die NSDAP 31 und die DVP 25 Stimmen erhielten. In der Polizeikaserne Schloßstraße (Charlottenburg) schnitt die KPD hingegen schlecht ab. Hier lag die DNVP mit 275 Stimmen vorn, gefolgt von der DVP mit 152 und der SPD mit 135 Stimmen, die NSDAP erhielt 58, die KPD 43 Stimmen. In weiteren Kasernen erreichte die KPD dritte Plätze bei den abgegebenen Stimmen. In der SPD-Zeitung *Vorwärts* wurde gleichwohl am 11. Januar 1930 das Ergebnis mit der Bekräftigung kommentiert, daß die überwältigende Mehrheit der Polizeiwachtmeister republikanisch eingestellt sei.

11 Fortsetzung der Erinnerung von Hermann Dünow, Niederschrift vom 18. November 1969. SAPMO – BArch, ZPA, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

Es wäre unrichtig, heißt es weiter in der Wahlanalyse der KPD-Militärpolitiker, aufgrund der erreichten Zustimmung in mehreren Polizeikasernen „anzunehmen, daß alle Polizeibeamten, die am 17. November der Partei ihre Stimme gaben, nun auch bereits grundsätzlich in allen Fragen, bis zur Bejahung der proletarischen Diktatur, mit ihr übereinstimmen“. Bis zum „offen revolutionären Handeln“ von Polizeibeamten sei es noch ein weiter Weg. Dennoch sei das Wahlergebnis „einer unserer wichtigsten Erfolge“, da die Polizeibeamten einer fortwährenden antikommunistischen Stimmungsmache ausgesetzt seien. Die „revolutionäre Arbeiterschaft Berlins“ könne im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen angesichts der in der Stadt besonders deutlichen Klassengegensätze und der „ansteigenden Verelendung der breiten Massen“ diese „objektiven Voraussetzungen für eine Revolutionierung der blauen Bürgerkriegstruppe“ nutzen.<sup>12</sup>

In der folgenden Ausgabe der Zeitschrift *Oktober* werden Fehler aufgelistet, die sich in der praktischen illegalen Arbeit ereignet hatten und Hinweise zur besseren Konspiration des AM-Apparats auf allen Ebenen erteilt. So hatte ein AM-Funktionär einen sympathisierenden Schutzpolizisten zum Treffen in ein Lokal bestellt, im dem als Stammschaft überwiegend KPD-Leute verkehrten. In einem anderen Fall, wurde ein KPD-Mann zur „Zersetzungsarbeit“ in der Reichswehr abgestellt, der wegen Unterschlagung schon zweimal aus der Partei ausgeschlossen worden war und sogar kurzzeitig der NSDAP angehört hatte. In einem dritten Fall wurde in einer Parteisitzung der „Beauftragte für die Antiarbeit“ namentlich genannt. Aus solchen Fehlern wurde die Schlußfolgerung für den illegalen Apparat gezogen: „Über jeden einzelnen seiner Mitarbeiter – auch in den Spitzen – muß volle Klarheit, sowohl in Bezug auf seine gegenwärtige Bewährung, als auch seine Vergangenheit herrschen.“ Die in der KPD übliche Fluktuation der Funktionäre müsse für den AM-Apparat unterbunden werden. Für die konspirative Arbeit sei eine „Mitarbeit auf lange Sicht“ unerlässlich. „Als letzte sei hier noch auf die Notwendigkeit verwiesen, der Polizei die Verquickung offizieller Parteistellen (Sekretariate, Redaktionen usw.) mit unserer Arbeit und damit deren Verfolgung unmöglich zu machen.“<sup>13</sup>

### *Mehr oder minder theoretische Abhandlungen?*

In einem von A. Lex gezeichneten Artikel feierte das *Militärpolitische Mitteilungsblatt* das Wahlergebnis der KPD (fast 4,6 Millionen Stimmen bzw. 13,13 Prozent) bei den Wahlen zum 5. Reichstag im September 1930 als „überwältigenden Sieg der Kommunistischen Partei“ und als Umschwenken der Arbeiterschaft von der SPD zur KPD, um daraus die Schlußfolgerung einer Verstärkung der Aufstandsvorbereitungen abzuleiten: „Die KPD ist die stärkste Partei in Berlin, Halle/Merseburg und am Niederrhein/Düsseldorf, sie ist bedeutend stärker als die SPD im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.“ Damit sei der erste Hauptpunkt der Leninschen Revolutionstheorie erfüllt. „Der Aufstand muß sich auf die aktive Teilnahme der fortgeschrittensten Klasse stützen!“ Die Erfolge der NSDAP (über 6,4 Millionen Stimmen bzw. 18,26 Prozent) wurden als Beleg „einer zunehmenden Verwirrung und Zersetzung im bürgerlichen Lager“ bewertet. Am Ende des Artikels stand die aktuelle Aufgabenstellung gegen die angeblich vom sozialdemokratischen Innenminister Severing mitvorbereitete Militärdiktatur unter der Losung: „Den Fragen der politischen und auch physischen Abwehr des Faschismus, des Kampfes

12 Denn, M.: „Zersetzung“ der Berliner Polizei. In: *Oktober. Militärpolitisches Mitteilungsblatt*. Jahrgang 5/2; April 1930.

13 Denn, M.: Deckung nehmen. In: *Oktober. Militärpolitisches Mitteilungsblatt*. Jahrgang 5/3, Juni 1930.

gegen die überall sichtbaren Vorbereitungen der Militärdiktatur und der Vorbereitungen des bewaffneten Aufstandes die größte praktische Aufmerksamkeit widmen – Militärpolitischen Aufgaben zu einem noch lebendigeren Bestandteil der Tagesarbeit machen.“<sup>14</sup> Bei dem Verfasser A. Lex handelte es sich um Alexander Abusch, den späteren Kulturminister der DDR.

In der folgenden Ausgabe erschien der zweite Teil des Textes mit der Begründung für „die Notwendigkeit von Partisanenaktionen“. Diese wurde mit der technischen Überlegenheit der Gegenseite – „Bombenwurf aus Flugzeugen, Benützung von Gas“ – begründet, der allerdings im Falle des offenen Aufstandes entgegengewirkt werden könne, „wenn der Kampf in die Bourgeoisieviertel vorgetragen wird. Deshalb raschestes Vortragen der Kämpfe aus den proletarischen Aufstandsherden in die Zentren des Gegners.“<sup>15</sup> Eine konkrete Anleitung, wie Partisanenaktionen in Form von „Überfällen auf Polizeiwachen“ auszuführen wären, brachte das *Militärpolitische Mitteilungsblatt* unter anderem im April 1931 im Kontext der Fragestellung, wie die Polizei in der Situation des Aufstandes zu bekämpfen sei und zwar „vor dem Aufstand, wenn die Merkmale einer akut revolutionären Situation die Frage der Massenbewaffnung auf die Tagesordnung stellen“ und während des Aufstandes, „um die Stützpunkte der Polizei lahmzulegen“. Zur Waffenbeschaffung sei „der Überfall mit dem Ziel durchzuführen, die Wache schnell und mit möglichst geringen eigenen Verlusten in die Hand zu bekommen“. Das mögliche Vorgehen, wie man mit Pistolen bewaffnete Kämpfer während des Dienstbetriebes in einem Revier überwältigt, war angeblich aus einer internen Polizeischulung übernommen. So sollte man sich unter dem Vorwand, eine Bescheinigung zu erhalten oder Anzeige zu erstatten, getrennt in das Revier begeben, um dann dort im Dienstraum auf ein Zeichen hin die Waffen ziehen. „Die hier wiedergegebenen Möglichkeiten für einen Überfall können von uns vollkommen unterstrichen werden. Sie enthalten im Wesentlichen alles, was bei der Organisation einer solchen Aktion in Betracht gezogen werden muß.“<sup>16</sup>

Nach der Ermordung von zwei Polizeibeamten auf dem Berliner Bülowplatz rechtfertigte das *Militärpolitische Mitteilungsblatt* der KPD die Tat in einem rüden Artikel, der anonym unter der Überschrift „Sturmboten“ erschien.<sup>17</sup> Handschriftlich wurde unter der Überschrift auf dem Exemplar der ehemaligen IML-Bibliothek – heute Bibliothek der SAPMO – BArch – der Name Fritz Neumann eingetragen. Der Artikel nimmt zunächst allgemein zu militärpolitischen Aufgaben Stellung, ausgehend von einer Lagebeschreibung über die „Hohlheit der Brüningdiktatur, den erbärmlichen Kampf des faschistischen Regimes, den vollen Bankrott der Sozialdemokratie“ formuliert er dann als „unserer“ Aufgabe, „diesen tatsächlichen Zustand den Massen ins Bewußtsein zu bringen, die heutige wirtschaftliche und politische Krise in eine revolutionäre Krise umzugestalten durch die schnelle Entfaltung des subjektiven Faktors.“ Weiter heißt es, es gehe jetzt dar-

14 A. Lex: Alarm! In: Oktober. Militärpolitisches Mitteilungsblatt. Jahrgang 5/4, Oktober 1930.

15 Oktober. Militärpolitisches Mitteilungsblatt, Jahrgang 5/5, Dezember 1930.

16 K. F.: Polizeitaktik. Oktober. Militärpolitisches Mitteilungsblatt, Jahrgang 6/2, April 1931.

17 Eine ausführliche Darstellung der Bülowplatzmorde und ihrer Vorbereitung durch den AM-Apparat der KPD findet sich in Stricker, Michael: Letzter Einsatz. Im Dienst getötete Polizisten in Berlin 1918 bis 2010. Frankfurt am Main 2010, S. 63 ff. Dieser Band enthält auch die Ermittlungsergebnisse zu den ebenfalls im Sommer 1931 von Kommunisten ermordeten Polizeibeamten Paul Zänkert und Emil Kuhfeld. Zänkert wurde bei einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe des Rotfrontkämpferbundes am 29. Mai 1931 in der Schönhauser Allee angeschossen, er verstarb einen Tag später im Krankenhaus. Emil Kuhfeld erlag am 30. Juni 1931 einer Schußverletzung nach einem Einsatz gegen eine nicht angemeldete kommunistische Demonstration in der Frankfurter Allee.



Abb. 1: KPD-Wandparole nach dem Mord an Franz Anlauf und Paul Lenk. Foto: SAPMO – BArch.

um, „den Proleten den Glauben an ihre Kraft zu geben durch den tollkühnen Angriff auf der ganzen Front.“ Das bedeute, „bewaffnete Kämpfe – heute noch spontan, sporadisch, unorganisiert – gehen in den Alltag des Klassenkampfes über und schaffen in schnellstem Tempo die Voraussetzungen zur allgemeinen Losung der Bewaffnung des Proletariats“. Im darauf folgenden Abschnitt rechtfertigte der Autor die Morde am Bülowplatz: „Die Erschießung von verhetzten Polizeioffizieren stempelt nur der zu einem Verbrechen, der gewissenlos genug ist, die bezahlte Niederknüppelung wehrloser Männer und Frauen zu einer ‚vaterländischen‘ Tat zu verfälschen. Wir sind dafür, daß die Bauern rebellieren. Wir sind dafür, daß die Erwerbslosen sich vor dem Verhungern schützen. Wir sind dafür, daß die Proleten die Frage: wer wen erschießt, zu ihren Gunsten entscheiden! Ihr Herren sozialfaschistische Polizeipräsidenten und Innenminister, Parteibürokraten und Maulaufreißer, wir zweifeln nicht, daß ihr zu allem bereit seid, um eure Futterkrippe zu halten. Wir versichern euch, daß wir alles tun, um euch in den Orkus zu schleudern. Ladet nur all eure Heuchelei ab, wie Severing es tat bei der Beerdigung der beiden erschossenen Berliner Offiziere“. Es folgt eine Verhöhnung Severings und schließlich eine Drohung: „Jawohl, Severing und seinesgleichen galt das Fanal dieser Schüsse unbekannter Proleten, die sich zum Sprachrohr der ungeheuren Wut der werktätigen Massen machten. ... Anlauf, genannt Schweinebacke, war ein notorischer Arbeiterfeind. Sein Schicksal sei ein Menetekel seiner Berufskollegen.“<sup>18</sup>

In derselben Ausgabe findet sich ein mit K. F. [das war Dünow] gezeichneter Artikel: „Die Taktik in der jetzigen Situation“. Unter Bezugnahme auf die Erschießung des Po-

18 Fritz Neumann: Sturmboten. In: Oktober. Militärpolitisches Mitteilungsblatt. Jahrgang 6/3, August 1931.

lizeibeamten Emil Kuhfeld in der Frankfurter Allee am 30. Juni 1931 verwies Dünow auf die „militärische Seite“ des „Freiheitskampfes“ und stellte die Frage, ob die jüngsten „Kampfhandlungen revolutionärer Proletarier“ im Einklang mit den „taktischen Erfordernissen der jetzigen Zeit“ stünden. „Die Tatsache, daß das Proletariat in seinem Befreiungskampf jetzt schon Methoden zur Anwendung bringt, die starke Anklänge an den Partisanenkampf erkennen lassen, ist für die Beurteilung der politischen Situation von höchster Bedeutung.“ Kein noch so „hysterisches Geschrei der bürgerlichen und sozialfaschistischen Presse“ werde verhindern, „daß das Proletariat bei weiterer Steigerung der Polizeibrutalität die Taktik der Kleinkrieges noch weiter ausbildet und noch wirksamer gestaltet, die Zermürbung der Polizei noch energischer beschleunigt und so den Tag der endgültigen Auseinandersetzung noch schneller herbeiführt.“

Unter der Überschrift „Individueller und Massenterror im Kampf gegen die bewaffnete Staatsmacht“ setzte sich A. N. – das war der spätere Propagandachef der SED Albert Norden<sup>19</sup> – ebenfalls mit dem Fall Kuhfeld auseinander: „Die Erschießung Kuhfelds hat mit individuellem Terror, jenem typischen ‚Produkt der Intellektuellenschwäche‘ (Lenin) nichts zu tun, sondern ist das Ergebnis einer Kampfhandlung, in der die Masse das Mittel des Terrors dem Terror der Polizei entgegenstellt.“ Das sei nicht Ausdruck der Schwäche, sondern der Stärke des Proletariats. „Berlin, Hamburg, Ruhrgebiet und andere Teile des Reiches, überall da, wo die Massen nach Formen der Abwehr des Polizeiterrors suchen, entwickelt sich der revolutionäre Terror, zeigt sich augenscheinlich die Unvermeidlichkeit dieses Kampfmittels.“ Norden bejahte in seinem Text nicht nur mehrfach den „Massenterror als Kampfmittel der Arbeiterschaft gegen den Polizeiterror“, er rechtfertigte auch ausdrücklich die Ermordung des sozialdemokratischen Polizeibeamten: „Nicht immer zeigt der Klassenkampf so klar abgegrenzte Fronten. Der Fall Kuhfeld zeigte sie. Mehr noch, er entlarvte das Gesicht und die Tatsache der konterrevolutionären Front, ihrer Taktik und insbesondere die verteilten Rollen zwischen Sozial- und Nationalfaschisten. Welch ein verständnisvolles, abgekartetes Handinhandspiel! ... Der sozialdemokratische Polizeioberwachtmeister Kuhfeld war Exponent der bürgerlichen Staatsgewalt und verkörperte die Autorität derselben. Die energische Abwehr des Polizeiterrors durch die Massen, insbesondere die aus der Situation geborene und von der Stimmung der Massen getragene Form der physischen Abwehr ist objektiv ein unerhörter Fortschritt der kämpfenden Arbeiterschaft, dessen Auswirkungen nicht nur den einzelnen schießwütigen Polizeibeamten, nicht nur die eingesetzte Formation, sondern auch den kapitalistischen Staat unmittelbar bedroht. Diese Tatsache fand ihren klassischen Ausdruck in der Rede Grzesinskis am Grabe des anlässlich des Stahlhelmtages erschossenen (ebenfalls sozialdemokratischen) Polizeiwachtmeisters Zänkert. ‚Wer einen Beamten in Ausübung seines Dienstes tötlich angreift, greift den Staat an‘. ... Schon die ersten Gehversuche der Massen in der Anwendung terroristischer Mittel zur Abwehr des staatlichen Terrors zeigen, wenn auch noch nicht deutlich sichtbar, so doch in der Tendenz erkennbare Momente der Überlegenheit des Massenterrors.“<sup>20</sup>

Im September 1931 wurden zwölf KPD-Zeitschriften darunter auch das *Militärpolitische Mitteilungsblatt Oktober* verboten. Der Oberreichsanwalt ermittelte im November 1931 gegen Albert Norden und Alexander Abusch wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Aus den Ermittlungsakten geht hervor, daß den Strafverfolgern die Zuordnung

19 Vgl. Staadt, Jochen: Albert Norden (1904—1982). In: Oppeland, Thorsten (Hrsg): Deutsche Politiker 1949—1969, Bd. 2, 16 biographische Skizzen aus Ost und West. Darmstadt 1999, S. 18 ff.

20 Albert Nordens Text ist in Oktober, Jg. 6/4 Oktober 1931 erschienen.

der Autorenschaft A. N. und A. Lex gelungen war.<sup>21</sup> Dennoch fanden die zuständigen Staatsanwaltschaften bei ihrem Vorgehen gegen die jungen KPD-Radikalen nicht die volle Zustimmung der angeblich „reaktionären Weimarer Justiz“. Amts- und Landrichter Kleffel vom Amtsgericht Spandau ordnete zwar am 19. Januar 1932 die Durchsuchung der Wohnräume Albert Nordens in Staaken, Bahnhofstr. 55 bei Kant an, er bemerkte aber in seinem Schriftsatz, daß er den Auffassungen des Oberstaatsanwaltes in Essen, der Berliner Polizei und des Oberreichsanwaltes hinsichtlich sämtlicher Artikel Nordens nicht zu folgen vermöge. Die von Norden stammenden Beiträge seien „lediglich mehr oder minder theoretische Abhandlungen“. Ohne Zweifel reiche aber der Inhalt des Beitrags „Individueller und Massenterror im Kampf gegen die bewaffnete Staatsmaschine“ aus, um einen Durchsuchungsbeschluß zu erlassen, „wiewohl er stark in die persönliche Freiheit und in die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte eingreift“.<sup>22</sup> Nach dem Verbot vom September 1931 erschienen noch zwei Ausgaben des *Militärpolitischen Mitteilungsblattes* der KPD unter dem Tarntitel *Neue Architektur. Von Architekt Otto Diebel – Zürich*.

Als Agitationsschrift mit Tarnumschlag erschien ebenfalls das KPD-Propagandablatt für die Preußische Polizei. Es kam im Juli 1932 als Werbebroschüre mit dem Aufdruck *Schlechte Zeiten? Jawohl! Aber trotzdem können auch Sie sich ein Motor-Rad leisten*. in professioneller Aufmachung daher. Der Inhalt des Blattes war indes weit von einer realistischen Lageeinschätzung entfernt. In schon fast absurder Verkennung der politischen Konstellation warfen die Verfasser der NSDAP mangelnde Radikalität vor, da sie sich vor kurzem noch über die Kleinere-Übel-Politik der SPD entrüstet habe, nun aber bereit sei, die Zahlung einer kleineren Summe in die europäische Hilfskasse als „das kleinere Übel hinnehmen“ zu können. Die NSDAP habe noch am 2. Juli den „Tributpakt von Lausanne“ scharf abgelehnt. Nun toleriere sie Herrn von Papen und jongliere „bereits frischfröhlich mit dem ‚kleineren Übel‘!“.

An die Polizeibeamten gewandt schrieben die Leute des Berlin-Brandenburger AM-Apparats: „Niemand macht sich wohl Illusionen darüber, daß die deutsche Arbeiterschaft sich nicht wehrlos niederschlagen läßt. **Deutschland ist nicht Italien oder irgendein Balkanstaat. In Deutschland entscheidet die Arbeiterschaft!** [Fettdruck im Original; J.S.] Der Einbruch, den das Hitlertum in ihre Reihen machen konnte, ist verschwindend gering und wird es immer bleiben.“ Unter den Schlägen des Faschismus beginne „die Arbeiterschaft sich mächtig zusammenschließen und aufzurecken. Von Tag zu Tag wird die rote Einheitsfront immer breiter. Immer weniger sind bremsende und sabotierende sozialdemokratische Führer imstande, sie aufzuhalten.“ Für Polizeibeamte, die nicht zum Henker und Würger des eigenen Volkes werden wollten, gebe es nur eine Entscheidung: „Den Kampf der sozialistischen Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu unterstützen!“ Gerade für Polizeibeamte gebe es dazu tausend Möglichkeiten. Wenn die Polizei nicht immer wieder zum Schutze der Nazi-Banden eingesetzt würde, „hätte ihnen die Arbeiterschaft schon längst das Laufen beigebracht, daß sie das Wiederkommen vergessen hätten. Wer aber kommandiert uns heute noch in den meisten Teilen des Reichs zum Schutze der Hitler-Garde? Dieselben Leute, die sich in Versammlungen und Artikeln nicht genug als ‚Republikaner‘ und Nazifeinde aufspielen können. In Preußen der Sozialdemokrat Severing. In Berlin der Sozialdemokrat Grzesinski. In Hamburg der

21 Vgl. Kriminalassistent Lehnert, Ermittlungsbericht vom 20. November 1931 gegen Albert Norden und Alexander Abusch wegen Vorbereitung zum Hochverrat. SAPMO – BArch, NY 4217/12, Nachlaß Norden.

22 Ebd.

Sozialdemokrat Schönfelder usw. usw.“ Die größte Sorge der sozialdemokratischen Polizeiführer sei es, „daß sie nicht auf ihren Posten kleben bleiben können und daß die Arbeiterschaft nicht etwa zu wirklichen Kampfaktionen übergeht“.

Nach heftigen Anfeindungen gegen den „sozialdemokratischen Schrader-Verband“<sup>23</sup> riefen die Polizeiagitatoren der KPD in der *Schlechte-Zeiten*-Broschüre zur Wahl ihrer Partei mit den Sätzen auf: „Wären wir 1918 den Weg der Russen gegangen, wieviel Elend wäre uns erspart geblieben! Auch wir wären heute nach innen und außen ein freies Volk.“ Die KPD vertröste „nicht auf den Stimmzettel, wie die Sozialdemokratie“, sie wisse, „daß nicht in parlamentarischen Quasselbuden, sondern in den Betrieben und auf den Straßen die Entscheidung fällt. Wer für die Kommunisten stimmt, der bekennt sich zu diesem Kampf. Auch jeder aufrechte Polizeibeamte gehört in diese Front!“ In den Kasernen sollten sich alle Kollegen – gleich welcher Parteirichtung zu einem antifaschistischen Block zusammenschließen, antifaschistische Revier- und Kasernenausschüsse bilden und mit den antifaschistischen Organen der Arbeiterschaft zusammenarbeiten. „Jagt die Verbandsbonzen, die heute schon drauf und dran sind, uns nach rechts zu verschachern, zum Teufel! Wählt am 31. Juli KPD (Liste 3)!“<sup>24</sup> Die Wahlen zum Reichstag endeten mit einem Erfolg der NSDAP, die neunzehn Prozent hinzugewann und mit 37,3 Prozent die stärkste Fraktion stellte. Die KPD kam auf 14,3 Prozent der Stimmen. Somit hatten die linken und rechten Feinde der Weimarer Republik die absolute Mehrheit errungen.

### *Selbstkritik in der DDR – Thälmann hatte recht*

In einem im Februar 1960 gehaltenen Vortrag vor Mitarbeitern des IML setzte sich Hermann Dünow kritisch mit den Strategievorstellungen auseinander, die er und andere im Militärpolitischen Mitteilungsblatt *Oktober* vor Hitlers Machtergreifung verbreitet hatten: „Am 30. Juni 1931 kam es in der Frankfurter Allee (der heutigen Stalinallee) in Berlin bei einer Demonstration gegen die Brüningsche Notverordnungs politik zu ... Zusammenstößen mit der Polizei, wie sie inzwischen schon fast üblich geworden waren. Im Verlauf der Gummiknüppelattacken auf die Demonstranten wurde aber auch ein Polizist durch einen Schuß aus der Menge tödlich getroffen. Das war ein bedauerlicher Zwischenfall, der zwar Zeugnis ablegte von der Erbitterung, die sich in der Arbeiterschaft infolge des brutalen Vorgehens der Polizei und des faschistischen Mordterrors angesammelt hatte, in seiner Bedeutung für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses im innenpolitischen Kampf aber doch begrenzt war.“

Diesen Vorfall hätten „einige Genossen zur Grundlage einer Einschätzung der Situation und sich daraus ergebenden Kampfmethoden“ genommen, „die Ernst Thälmann zum unmittelbaren Eingreifen veranlaßte“. Kurz nach den Vorgängen in der Frankfurter Allee „begannen einige Mitarbeiter des *Oktober*, darunter auch ich, eine ‚Theorie‘ zu entwickeln, die sich wohl am besten an einem von mir geschriebenen Artikel darstellen läßt, der im Heft 4 vom Oktober 1931 unter dem Titel ‚Die Taktik in der jetzigen Situation‘ erschien.“ In dem Artikel habe er geschrieben: „Die Tatsache, daß das Proletariat in seinem Befreiungskampf jetzt schon Methoden zur Anwendung bringt, die

23 Der Verband Preußischer Polizeibeamter wurde allgemein nach seinem Vorsitzenden Ernst Schrader (1877–1936) als „Schrader-Verband“ bezeichnet. Der Sozialdemokrat und ehemalige Reichstagskandidat Ernst Schrader kam im September 1933 als nationalsozialistischer „Schutzhäftling“ in das KZ Oranienburg, aus dem er im Dezember 1933 wieder entlassen wurde. Er erlag 1936 einer Krebserkrankung.

24 Polizeibeamte! Kollegen! Rote Schupozelle, Juli 1932.

starke Anklänge an den Partisanenkampf erkennen lassen, ist von höchster Bedeutung. . . . Kein noch so hysterisches Geschrei der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse wird verhindern können, daß das Proletariat bei weiterer Steigerung der Polizeibrutalität die Taktik des Kleinkrieges noch weiter ausbildet und noch wirksamer gestaltet, die Zermürbung der Polizei noch energischer beschleunigt und so den Tag der endgültigen Auseinandersetzung noch schneller herbeiführt.“ In einem weiteren Artikel bekräftigte ein anderer Autor im gleichen Heft diese Linie: „Wir haben noch nicht die Atmosphäre, noch nicht alle objektiven und subjektiven Voraussetzungen des offenen Bürgerkrieges, es wäre aber ein Fehler, nicht jene wenn auch noch sporadischen Massenkämpfe mit der bewaffneten Staatsmaschine zu sehen, die teilweise eine höhere Stufe erreichen, bürgerkriegsmäßige Formen, mithin auch auf Seiten des Proletariats Elemente des Massenterrors entwickeln.“ Diese Thesen seien, erklärte Dünow seinen IML-Zuhörern, für einen geschulten Marxisten natürlich nicht akzeptabel. Man müsse „aber bedenken, daß wir damals alle noch recht jung waren, wie die ganze Partei eine junge Partei war, die erst lernen mußte, den Marxismus-Leninismus zu meistern und auf die jeweilige Situation richtig anzuwenden.“

Die Mitarbeiter der Zeitschrift *Oktober* seien sehr stolz auf ihre neue Theorie der „Taktik des Kleinkrieges“ und der „bürgerkriegsmäßigen Formen“ des Klassenkampfes gewesen, fuhr Dünow fort. Aber kurz nach Erscheinen des Textes seien Hans Kippenberger als Chefredakteur und er als Verfasser zu Thälmann gerufen worden. Thälmann habe ihnen vorgeworfen mit ihrer Position die von ihm auf dem KPD-Parteitag am 10. Juni 1929 im Wedding kritisierte „Tendenz zum Überspringen der Etappen der revolutionären Entwicklung“ zu vertreten. Mit der Theorie des „Kleinkrieges“ werde von der Hauptaufgabe, der Konzentration auf die Mobilisierung der Massen abgelenkt und auf die „Bildung besonderer Kampfgruppen und andere organisatorische Maßnahmen“ orientiert, die erst in einer „akut revolutionären Situation richtig und notwendig“ seien. „Es bestand die Gefahr, daß sich bei weiterer Verfolgung dieser Linie in den Straßen der Städte eine Art Zweikampf zwischen solchen Kampfgruppen und der Polizei oder den Faschisten entwickeln würde, bei dem den Massen, gewissermaßen als unbeteiligte Zuschauer, eine im Grunde genommen passive Rolle zukam.“ Das führe aber zur Isolierung der Partei von den Massen. Thälmann habe ihm klargemacht, daß er seine aus revolutionärer Ungeduld resultierende Position revidieren müsse. „Dabei ließ er nicht den geringsten Spielraum für irgendwelche pazifistischen Illusionen oder gar für ein Zurückweichen vor der Härte des Klassenkampfes, vor dem Terror der faschistischen Banden.“ Allein „die Losung des proletarischen Massenselbstschutzes“ habe der damaligen Lage entsprochen. Thälmann habe, da es noch andere in der Partei gab, die im Sinne der Linie des *Oktober* argumentierten, am 10. November 1931 eine grundsätzliche Erklärung des ZK zu „Einzelaktionen und Massenkampf“ herbeigeführt, die drei Tage später in der *Roten Fahne* veröffentlicht wurde. Darin erklärte das ZK der KPD „jede Verfechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für vollkommen unzulässig“. In der gleichen Ausgabe erschien ein Artikel unter der Überschrift: „Für revolutionären Massenkampf, gegen individuellen Terror“. Darin hieß es, daß „keine individuellen Schießereien“, sondern nur der Massenkampf auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront den wirklichen „Massenselbstschutz“ ermögliche. Dünow berichtete weiter, er habe daraufhin für die Ausgabe 5/6 der Zeitschrift *Oktober* unter der Überschrift „Wehrhafter

Massenkampf“ den bereits erwähnten Beitrag verfaßt, in dem er seine Position im Sinne Thälmanns korrigierte.<sup>25</sup>

In seinem sieben Jahre später gehaltenen IML-Vortrag ging Dünow auch auf die Bülowplatz-Morde ein, allerdings ohne jegliche namentliche Erwähnung des ausführenden AM-Kommandos. Es habe seinerzeit „auch bestimmte Entgleisungen in die Richtung des individuellen Terrors gegeben“, erklärte Dünow. Eine solche Aktion, „die man heute ganz klar unter den Begriff des individuellen Terrors einreihen und als falsch bewerten muß“ sei „zum Beispiel die Erschießung der beiden Polizei-Offiziere auf dem Bülowplatz“ gewesen, „die sicher nicht im Einklang mit der gesamten politischen Lage gewesen ist und die auch in ihren Auswirkungen keineswegs das positive Resultat gezeitigt hatte, das man sich offenbar von ihr erwartet hatte“. Als Auslöser für die ZK-Erklärung vom 10. November 1931 nannte er nun aber nicht die Berliner Polizistenmorde, sondern die Festnahme des KPD-Mitglieds und AM-Funktionärs Klaus Überbrück, der am 23. Oktober 1931 aus Breslau kommend mit einem Koffer voller Sprengstoff festgenommen wurde. Der Fall Überbrück brachte vor allem wegen des später aufgefundenen Sprengstoffverstecks in der Schöneberger Genossenschaftssiedlung Lindenhof die KPD unter starken Erklärungsdruck, was sogar zu einer kurzzeitigen Distanzierung von diesem AM-Funktionär führte. Auch Überbrück kam später in der DDR bei der Volkspolizei zu Lohn und Brot.

Nach Hitlers Machtantritt wurde Kippenberger im Juli 1933 von der KPD als besonders gefährdeter Funktionär ins Exil geschickt. Hermann Dünow übernahm nun bis zu seiner Verhaftung im Dezember 1933 die Leitung der AM-Abteilung. Er fiel kurz vor einem Treffen mit Herbert Wehner durch Verrat in die Hände der Gestapo. Der Verräter, Alfred Kattner, war ein Leibwächter Ernst Thälmanns, der am 3. März 1933 mit dem KPD-Chef von der Gestapo festgenommen, aber kurz darauf wieder freigelassen worden war. Kattner fiel im Januar 1934 einem Fememord zum Opfer, den Mitgliedern des AM-Apparats der KPD ausführten. In Dünows Erinnerungen kommt Kattner mehrfach vor. Erstmals äußerte er sich im Januar 1946 in seiner Kaderbiographie noch recht vorsichtig über Kattner, ehe er ihn später eindeutig des Verrats bezichtigte.<sup>26</sup>

Vor seiner Verhaftung war Hermann Dünow maßgeblich an zwei für die illegale KPD bedeutsamen Vorgängen beteiligt. Zum einen trug er dazu bei, daß die Anklageschrift des Reichstagsbrandprozesses frühzeitig einer internationalen Öffentlichkeit bekannt wurde, vor allem aber gehörte er zu den Organisatoren der letzten illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD, das sich am 7. Februar 1933 im Sporthaus Ziegenhals am Stadtrand von Berlin zusammenfand. Über die Beschaffung der geheimen Anklageschrift gegen

25 Dünows Rückblick auf die Auseinandersetzungen mit den Positionen von Heinz Neumann, Ernst Remmele u. a., die 1931 in der KPD-Führung ausgetragen wurden, ist auf den 2. Februar 1960 datiert. Vgl. Dünow, Hermann: Gegen individuelle Einzelaktionen – für revolutionären Massenkampf. Eine ernste Mahnung Ernst Thälmanns. SAPMO – BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

26 Vgl. Dünow, Hermann: Bericht über die Verhaftungen am 18. Dezember 1933, verfaßt am 1. Januar 1946 sowie: Erinnerungen des Genossen Hermann Dünow, Niederschrift vom 21. April 1964. SAPMO – BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen. Hier ging Dünow auch kurz auf seine Zusammenarbeit mit Herbert Wehner alias „Osten“ in der Untergrundarbeit ein. Auch in Dünows Versorgungsakte aus dem Jahr 1947 findet sich der Hinweis auf den später in Nowawes erschossenen Spitzel Alfred Kattner. LAB C Rep. 118-01, Nr. 24960. Ebenso in seinem Lebenslauf von 1949, vgl. BArch; DY55/V 278/6/293. In der DDR-Geschichtsschreibung wurde die Ermordung Kattners durch den AM-Apparat der KPD totgeschwiegen. Vgl. hierzu Sassning, Roland: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen. UTOPIE-kreativ 115/116, S.558 ff.

Dimitroff und andere berichtete Dünow 1969: Ein Exemplar der Anklageschrift gegen Dimitroff sei mit Hilfe der Töchter des Generals von Hammerstein kurzzeitig in die Hände des AM-Apparats gelangt. Dessen Mitarbeiter Gustav König (Deckname „Herzog“) habe ihm das Dokument übergeben, damit er es abfotografieren konnte. Es mußte nämlich nach zwei Stunden wieder im Schreibtisch des Generals sein. Leo Roth sei dann mit dem belichteten Film nach Paris geflogen, wo die Kampagne zur Entlarvung der Prozeßführung und der tatsächlichen Reichstagsbrandstifter mit Hilfe der Anklageschrift geführt werden konnte.<sup>27</sup> Die Anklageschrift wurde im August 1933 als Dokument in dem Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror erstmals veröffentlicht und von der Komintern in aller Welt verbreitet.

In seiner Biographie Kurt von Hammersteins zitiert Hans Magnus Enzensberger Auszüge aus den Erinnerungen Hermann Dünows und bewertet sie als „Räuberpistole“, unglauwbwürdige „Altersreminiszenzen“ eines verdienten Genossen sowie als teilweise „frei erfunden“.<sup>28</sup> Hier irrt der große Schriftsteller in seinem wunderbaren Buch über die Familie Hammerstein. Die Überlieferungen zu Hermann Dünow im SED-Parteiarchiv, im Berliner Landesarchiv und im MfS-Archiv bestehen aus von ihm selbst zu unterschiedlichen Zeiten verfaßten Lebensläufen und Personalangaben, zum anderen Teil aus Tonbandabschriften von Vorträgen im IML beim ZK der SED bzw. aus der Kandidatenschulung des MdI in der Höheren Polizeischule Kaulsdorf sowie aus Dokumenten, die von dritter Hand über Dünow verfaßt worden sind. Diese Erinnerungspartikel aus Befragungen, Beurteilungen, Vorträgen und eigenen Niederschriften Dünows entstanden unter sehr unterschiedlichen Zeitumständen. Dünows Stellungnahme etwa, die er im Kontext der Funktionärsüberprüfungen der unmittelbaren Nachkriegszeit verfaßte, entstand, als bereits die vor 1933 verantwortlichen KPD-Führer wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Franz Dahlem wieder an der Spitze der Partei standen. Es wäre Dünow teuer zu stehen gekommen, wenn er Teile seines Lebenslaufes für die Kaderabteilung der KPD „frei erfunden“ hätte. Mehrere überlebende Funktionäre des KPD-Zentralkomitees kannten den AM-Mann aus der Zeit vor 1933 und den ersten Monaten der Illegalität, als Dünow und seine Leute ihren Personenschutz zu organisieren hatten. So berichtete Dünow, daß er die in illegalen Quartieren versteckten KPD-Führer Pieck und Ulbricht 1933 von einem kommunistischen Taxifahrer durch Berlin kutschieren ließ, um ihnen eine politische Beratung zu ermöglichen.

Überprüfbar sind Dünows spätere Aussagen auch anhand des *Militärpolitischen Mitteilungsblattes* Oktober oder auch seines Strafregisterauszuges aus der Weimarer Zeit, als er wegen versuchter Bestechung eines Vollzugsbeamten mit dem Ziel der Gefangenenbefreiung zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt wurde.<sup>29</sup> Auch Dünows Bericht über seine maßgebliche Beteiligung an der spektakulären Gefangenenbefreiung

27 Fortsetzung der Erinnerung von Hermann Dünow, Niederschrift vom 18. November 1969. SAPMO – BArch, ZPA, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

28 Vgl. Enzensberger: Hammerstein, Frankfurt am Main 2008, S. 89 f. Enzensberger zitiert auch Dünows Bericht über die Beschaffung der Anklageschrift des Reichstagsbrandprozesses und erwähnt zwei weitere Versionen dieses Vorgangs, eine Erzählung der Geliebten Kippenbergers vom Hörensagen und eine Darstellung Hubert von Rankes, dem Freund der Hammerstein-Tochter Helga. Vgl. ebd., S. 126 f.

29 Dünow teilte am 24 Mai 1946 der Personalabteilung des Polizeipräsidiums in Berlin zu diesem Sachverhalt auf Nachfrage zu dem in seinen Personalakten befindlichen Strafauszug mit: „Am 23. 8. 1928 wurde ich in Bochum unter der Anschuldigung, die Befreiung des im Strafgefängnis Bochum einsitzenden Kommunisten Rudolf Margies versucht zu haben, festgenommen. Ein derartiger Versuch wurde von mir seinerzeit tatsächlich unternommen, scheiterte aber daran, daß der damalige Strafanstalts-Hilfswachtmeister Proff von dem geplanten Unternehmen Meldung erstatte-

Otto Brauns (Leiter der Abwehrabteilung des Zentralkomitees) vor den Reichstagswahlen 1928 ist überprüfbar.<sup>30</sup> Eine ausführliche Schilderung der Befreiungsaktion veröffentlichte Dünow bereits 1929 unter Pseudonym im *Militärpolitischen Mitteilungsblatt Oktober* Jg. 4/3. in dem Artikel „Revolutionäre Abwehraktionen“. Die Gestapo vernahm Dünow 1938 zu dem Vorgang und konfrontierte ihn mit Aussagen geständiger AM-Kader über seine Rädelsführerschaft. Zum Zeitpunkt als er 1962 an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei „Karl Liebknecht“ in Berlin-Kaulsdorf über seine eigene und Olga Benarios Rolle bei der Gefangenenbefreiung sprach, bekleidete der 1928 aus dem Polizeigefängnis am Berliner Alexanderplatz von Dünows AM-Kommando herausgeholt Otto Braun das Amt eines Ersten Sekretärs des Deutschen Schriftstellerverbandes. Dünow hätte es da wohl kaum riskiert, vor höheren Offiziersschülern der Volkspolizei eine „Räuberpistole“ über den Vorsitzenden des Deutschen Schriftstellerverbandes vorzutragen.

In dem von Enzensberger angeführten Erinnerungsfragment ist der Name des Adelsgeschlechts derer von Hammerstein-Equord falsch, nämlich „Hammerstein-Eckurt“, geschrieben. Für Enzensberger ein Indiz der Unglaubwürdigkeit Dünows, da er „nicht einmal imstande ist, den Namen des Generals richtig zu schreiben“.<sup>31</sup> Die von Enzensberger zitierte Niederschrift stammt aber nicht von Hermann Dünow selbst, sondern von einer Protokollantin oder einem Protokollanten des IML. An anderen Stellen der Dünow-Mitschriften taucht der Name Hammerstein-Equords einmal als „Hammerstein-Equort“ auf, ansonsten aber richtig geschrieben. Im übrigen stimmen die zahlreichen Angaben Dünows über Leo Roth und andere AM-Funktionäre mit den umfangreichen Rechercheergebnissen Enzensbergers weitgehend überein. Als mitteilbarer Veteran trat Dünow im vertrauten Kreis zweifelsohne gerne auf, wie die Erinnerungssammlung des IML belegt – ein Geschichtenfälscher war er nicht.

### *Im Polizeidienst nach 1945*

Der nationalsozialistische Volksgerichtshof verurteilte Hermann Dünow 1935 zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe. Bis zum Kriegsende saß er in den Haftanstalten Luckau/Niederlausitz, Berlin-Plötzensee, Gollnow in Pommern und zuletzt 1942 bis 1945 in Brandenburg/Görden.<sup>32</sup> Mit anderen kommunistischen Häftlingen schlug er sich nach der Befreiung durch die Rote Armee nach Berlin-Spandau durch, um sich der KPD zur politischen Arbeit in der Hauptstadt zur Verfügung zu stellen. Am 26. Juni 1945 bewarb er sich formell als Registraturbearbeiter bei der Pressestelle des Polizeipräsidenten in

---

te. Ich wurde darauf am 19. 12. 1928 vom erweiterten Schöffengericht in Bochum wegen versuchter Bestechung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, von den 4 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet und für die übrigen 2 Monate Bewährungsfrist erteilt wurde. Das ganze Unternehmen, dessen Scheitern ich sehr bedauerte, hatte ausschließlich politischen Charakter, so daß ich wie in der Vergangenheit auch heute keinerlei Veranlassung sehe, davon in irgend einer Form abzurücken.“ Die Stellungnahme Dünows findet sich unter MfS, Abteilung IX/11, NS-Sondersammlung – Teil Berlin: Polizei nach 1945. Personaldaten Hermann Dünow. LAB C Rep. 375-01-01, Nr. 0079.

30 Vgl. Tonbandaufnahme des Vortrages von Hermann Dünow in der Kandidatenschulung des MdI an der HPS Kaulsdorf am 22. Januar 1962. SAPMO – BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

31 Ebd., S. 90.

32 Im Januar 1971 schrieb Hermann Dünow einen ausführlichen „Bericht über die Zeit der Haft im Zuchthaus Brandenburg/Görden“ nieder, der interessante Aspekte über die illegale Arbeit der kommunistischen Funktionshäftlinge enthält. Vgl. SAPMO – BArch, ZPA, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

Berlin. Seine Einstellung dort erfolgte zum 7. Juli 1945.<sup>33</sup> Fortan bekämpften Dünow und seine Leute aus dem früheren AM-Apparat der KPD innerhalb des Polizeidienstes jene sozialdemokratischen Polizeibeamten wie Johannes Stumm und Karl Heinrich, gegen die sie vor 1933 zur Straßenschlacht mobilisiert hatten. Die sich widersprechenden Ziele beider Seiten blieben im Prinzip die gleichen wie vor 1933 – Demokratie oder Diktatur.<sup>34</sup>

Am 20. Januar 1946 fand eine Besprechung der Mitarbeiter der Pressestelle II des Polizeipräsidiums statt, es waren ausschließlich KPD-Mitglieder anwesend.<sup>35</sup> Bruno Haid nahm als Vertreter der Kaderabteilung des KPD-Zentralkomitees an der Zusammenkunft teil. Er fertigte ein Protokoll der Besprechung und eine Stellungnahme. Die SED-Personalchefin Grete Keilson übersandte die Unterlagen am 26. Januar 1946 an Walter Ulbricht und Franz Dahlem. In ihrem Anschreiben hielt sie fest, seitens der Partei müsse unbedingt dort eingegriffen werden. „Geffroy [recte: Gefroi; JS] sammelt die alten Apparatleute um sich, die die Apparatidee fortsetzen. Da ich gelegentlich hörte, daß die Pressestelle an einzelne Personen (vom Volksgerichtshof Verurteilte u. a.) Akten herausgibt, bzw. einsehen läßt, habe ich dem Genossen Dünow gesagt, daß das absolut unkonspirativ und unzulässig ist.“ Dr. Leo habe vorgestern bei ihr um Akteneinsicht nachgesucht. Ulbricht schrieb mit rotem Stift oben auf das Blatt den Weitergabevermerk „Mielke“.

Laut Haid's Mitschrift sprach auf der Versammlung der Pressestelle II zunächst Hugo Gefroi. Er beklagte die Überlastung der Pressestelle I und die ungenügenden Kontakte mit Presse, Rundfunk und Auslandspresse. Die Pressestelle werde demnächst mit der Herausgabe eines Amtsblattes beginnen. Der Redakteur müsse „von uns“ angelehrt werden. Die Pressestelle II habe folgende Unterabteilungen: a) Registratur der Prozeßakten, b) Aufrollen der Gestapo, c) Abteilung Bekämpfung der Gestapo. Bisher seien ca. 20 000 Hochverratsakten erfaßt und bearbeitet worden. Angesichts des angefallenen Materials müsse eine „ehrenamtliche Mitarbeit“ erwogen werden. „Dazu müsse die Partei mobilisiert werden. Die VBL [Verwaltungsbezirksleitungen; J.S.] haben nicht dem Appell Folge geleistet. Evtl. könne man auch Sozialdemokraten heranziehen.“ In Kürze würden Landesverratsakten bearbeitet. Diese enthielten nicht nur Spionagevorgänge, sondern auch „viele Prozesse von Genossen“. Bislang hatte die Pressestelle 4 300 Gestapo-, Justizbeamte oder Staatsanwälte erfaßt. Es gehe auch darum, die V-Männer der Gestapo aufzudecken. „Die Sicherheit und Sauberkeit der Partei könne so gewährleistet werden.“ Insgesamt, sagte Gefroi, seien zu diesem Zeitpunkt 85 000 Nazis bereits karteimäßig erfaßt. Abschließend mahnte er, man müsse alles vermeiden, „was den Vorwurf ‚Klein Moskau‘ rechtfertigen könne, man sei im Polizeipräsidium nicht in der Partei.“

Als nächster sprach Hermann Dünow, der die Idee des Aufbaus eines V-Leute-Systems bei Nazigruppen vertrat. „Während man bisher nur Vergangenes“ bearbeitet habe, sei

33 Die Daten stammen aus Unterlagen des MfS, Abteilung IX/11, NS-Sondersammlung – Teil Berlin: Polizei nach 1945. Personaldaten Hermann Dünow. LAB C Rep. 375-01-01, Nr. 0079.

34 Vgl. Stadt, Jochen: „Wir packen mit an, Ordnung zu schaffen“. Die Berliner Polizei in der „Stunde Null“. In: ZdF 28/2010, S. 90–117. Vgl. auch Peter Erler: Zur Sicherheitspolitik der KPD/SED in der SBZ, in: Horch und Guck Nr. 22/1998, S. 30 ff.

35 Zur verdeckten Arbeit der Pressestelle II im Berliner Polizeipräsidium vgl. Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2005, S. 143 ff. sowie Kubina, Michael: Der Aufbau des Zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946. In: Wilke, Manfred (Hrsg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 89 ff.

nun „die Zukunft in den Aktionsradius mit einzubeziehen“. In der Diskussion forderten mehrere Anwesende die Schaffung einer politischen Polizei. „Die Partei müsse ihnen helfen, damit sie zur politischen Polizei werden. Der Beschluß der Alliierten, keine politische Polizei zu schaffen, müsse umgangen werden. Es sei ein Skandal, daß sie weder ein Auto, noch entsprechende Ausweise besäßen und oft bei ihren Außendiensten auffielen und selber verhaftet würden. Die Partei sei sich über die Bedeutung der Pressestelle nicht im Klaren.“ Beklagt wurden auch die niedrigen Löhne: „Wenn wir für die Engländer oder Amerikaner arbeiten würden, würden wir in Seide gekleidet sein.“ Hugo Gefroi appellierte in seinem Schlußwort an die Kaderdisziplin, die Konspiration im Polizeipräsidium müsse unbedingt gewahrt werden. Materielle Schwierigkeiten könnten behoben werden. Außerdem forderte er, man müsse versuchen, „über die Zentralverwaltung für das Justizwesen die Hochverratsakten zu erhalten, die der Staatsanwalt Kienast [recte: Künast; J.S.] bei sich konzentriert hat“.<sup>36</sup>

Bruno Haid wies in seiner persönlichen „Stellungnahme zur Pressestelle des Pol. Präsidiums“ zunächst auf den mangelnden Informationsstand der Partei über die Arbeit der Pressestelle hin. Es sei zwar bekannt, daß es einen „wirklichen Pressesektor“ gibt und eine zweite Stelle, „die die Sichtung von Akten vornehmen soll“, was jedoch nicht bekannt sei, „ist die Tatsache, daß hier nicht nur Material gesichtet wird, sondern auch operativ gearbeitet wird, d. h. es werden Verhaftungen, Haussuchungen, Verhöre usw. vorgenommen“. Man wolle sogar dazu übergehen, „ein Vertrauensmännersystem bei Nazigruppen aufzubauen. Ferner will man das Ausland ‚aufklären‘. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier eine Polizei in der Polizei aufgebaut wird.“ Haid warnte, daß „mit Übergriffen mancher Art im Stile des alten Apparats zu rechnen“ sei. Es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, daß die Pressestelle „kein Ersatzorgan für eine politische Polizei“ sei. Sie solle sich auf die Sichtung des Materials und seine Auswertung beschränken und im Hintergrund bleiben. Alle anderen Maßnahmen wie Verhaftungen, Haussuchungen und Verhöre sollten von den zuständigen Polizeistellen ausgeführt werden. Haid befürchtete eine Gefährdung „der Registrierungsarbeit der Prozeßakten“. Die Stelle drohe zum Wasserkopf zu werden, sie habe bereits 34 Mitarbeiter. „Sie muß zwangsläufig bei den anderen Kommandostellen als denen der Roten Armee auffallen und gefährdet so das gesamte Material.“ Es sei nicht akzeptabel, daß die Pressestelle II ein V-Männer-System aufbaue. „Die kann nur durch ein Organ geschehen, das dazu da ist, operativ zu arbeiten, als solches anerkannt und eingesetzt ist.“ Haid schlug vor, daß die Partei sich die Kontrolle über die Auswertung der Materialien der Pressestelle vorbehalten solle. Eine „straffe Kompetenzbegrenzung und Kontrolle“ sei geboten, da die Tätigkeit der Pressestelle II „bei der spezifischen Situation der vier Berliner Besatzungs-



*Hermann Dünow.*

*Foto: SAPMO BArch.*

<sup>36</sup> Näheres zur Ausschaltung von Oberstaatsanwalt Dr. Wilhelm Künast durch SMAD und SED vgl. Stadt: „Wir packen mit an, Ordnung zu schaffen“, S. 115 ff.

zonen zu einer ernsten Gefahr nicht nur für bestimmte Verwaltungs- bzw. Polizeiorganen werden“ könne<sup>37</sup>.

Bruno Haid's Bericht führte letztlich zur Auflösung der Sondergruppe Dünows im Berliner Polizeipräsidium. Ein großer Teil der von Dünows Leuten zusammengetragenen NS-Akten wurden nach Hohenschönhausen in sowjetische Hand gebracht und Dünow zur weiteren Erfassung des Materials für einige Zeit in sowjetischen Dienst gestellt. Personalunterlagen erfolgte seine Umsetzung im Einvernehmen mit dem Leiter der Präsidialabteilung, der Personalabteilung und der Pressestelle. Dünow wurde ab dem 1. Juni 1946 für die Dauer von sechs Monaten ohne Gehalt zur Bearbeitung von Gerichtsakten und Ministerialangelegenheiten bei der russischen Zentralkommandantur beurlaubt. Er kehrte jedoch von dort nicht wieder in den Berliner Polizeidienst zurück, sondern kam in übergeordneter Funktion zum Einsatz. Dünow bat mit Schreiben vom 11. September 1946 den Leiter der Präsidialabteilung des Polizeipräsidiums Johannes Stumm um seine Entlassung aus dem Berliner Polizeidienst, da ihm „jetzt die Möglichkeit gegeben“ sei, „eine andere Stelle zu übernehmen, die mit einer erheblichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbunden ist“.<sup>38</sup> Die Personalabteilung entschied am 13. September 1946, daß Hermann Dünow „mit Wirkung vom 31. 5. 1946 auf eigenen Wunsch aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden“ sei. Dünow verfaßte sein Schreiben mit der Bitte um Entlassung aus dem Berliner Polizeidienst, nachdem er am 1. September 1946 bereits seinen Dienst in der Pressestelle der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI) aufgenommen hatte. Auf Befehl der SMAD vom 30. Juli 1946 begann die Bildung der DVdI zunächst unter strengster Geheimhaltung, um nicht den Einspruch der Westmächte zu provozieren, da diese Art des Verwaltungsaufbaus der alliierten Vereinbarung über die Dezentralisierung und den Aufbau einer örtlichen Selbstverwaltung widersprach.<sup>39</sup> Die DDR-Polizeigeschichtsschreibung feierte später die Bildung der DVdI folgendermaßen: „Damit ermöglichte es die SMAD, daß der Einfluß der Arbeiterklasse auf die innere Ordnung und Sicherheit wirkungsvoller und umfassender verwirklicht und zu einem die revolutionäre Umwälzung aktiv fördernden Faktor gestaltet werden konnte.“ So seien die Voraussetzungen geschaffen worden, die Arbeit über die Ländergrenzen hinaus zu koordinieren und „die Polizeiorgane im gesamten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone zentral zu leiten“.<sup>40</sup> Mit der zentralen Leitung der DVdI wurden Erich Reschke als Präsident beauftragt, Erich Mielke, Willi Seifert und Kurt Wagner als Vizepräsidenten. Laut einem Bericht an Reschke nahm Dünow am 1. September 1946 die Arbeit in der Pressestelle zunächst alleine auf. Erst im Oktober wurde die Pressestelle auf Sollstärke hochgefahren. Unter anderem sollte möglichst bald die Herausgabe einer Zeitschrift „Der Polizist“ vorbereitet werden. Bereits im März 1948 brachte Hermann Dünow das geplante Schulungsblatt unter dem Namen Die Volkspolizei heraus, das bis zum Ende der DDR erschienen ist.

Am Montag dem 25. Oktober 1946 gab der Berliner Rundfunk in seinen 20-Uhr-Nachrichten „die Errichtung der Deutschen Verwaltung des Inneren in der sowjetischen Besatzungszone“ bekannt. In einer Sachablage des DDR-Staatssicherheitsdienstes fin-

---

37 Haid, Bruno/Keilson, Grete: Stellungnahme vom 25. Januar 1946 zur Pressestelle des Pol. Präsidiums. BStU, ZA, MfS Allg. S 491/67.

38 MfS, Abteilung IX/11, NS-Sondersammlung – Teil Berlin: Polizei nach 1945. Personaldaten Hermann Dünow. LAB C Rep. 375-01-01, Nr. 0079.

39 Vgl. Diedrich, Torsten/Wenzke, Rüdiger: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. Berlin 2001.

40 Hrsg v. Mdl; Dickel Friedrich (Leiter des Autorenkollektivs): Geschichte der Deutschen Volkspolizei. Berlin 1987.

det sich eine Überlieferung von Schriftstücken aus der Anfangszeit des Pressebüros der DVdI. Da die meisten Dokumente von Erich Mielke abgezeichnet sind, handelt es sich bei dem Konvolut vermutlich um Teile seiner eigenen Ablage. Aus dieser Dokumentensammlung geht hervor, daß sich nach der Bekanntgabe der DVdI-Bildung durch den *Berliner Rundfunk* die Presseanfragen nach der Funktion der DVdI im Pressbüro Dünows häuften. So lagen unter anderem Anfragen vom *Tagesspiegel* (Herr Seier), von der *Weimarer Abendzeitung* oder vom *Kurier* vor. Noch am 9. November 1946 sah sich Dünow nicht in der Lage, Fragen des *Tagesspiegels* zu den konkreten Aufgaben der DVdI zu beantworten. Er antwortete dessen Berichtersteller Seier auf dessen Anfrage, „daß Mitteilungen darüber noch nicht gegeben werden könnten, daß aber entsprechende Informationen der Presse zugeleitet würden, sobald die Voraussetzungen geschaffen seien“. Am 26. November 1946 erhielt dann ADN eine amtliche, von der sowjetischen Militäradministration genehmigte Mitteilung über die Bildung der DVdI, die auf Anordnung des Oberbefehlshabers und Obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall der Sowjetunion W. L. Sokolowskij, erfolgt sei.<sup>41</sup> Ihre Aufgaben in der SBZ beständen in der Leitung der Polizei in Ländern und Provinzen, der Gewährleistung einer fachlichen Ausbildung und Schulung der Polizeiangehörigen sowie der Leitung der Eisenbahn- und Wasserpolizei und der Feuerwehr.

Mit Datum vom 18. November 1946 liegt eine Abteilungsgliederung der DVdI vor, die Hinweise auf die politischen Vorgeschichten der Abteilungsleiter enthält. Als da waren: Personal-Abteilung: Hans Mickinn, 38 Jahre, vom Volksgerichtshof zu lebenslänglich verurteilt, 1945 aus Zuchthaus Brandenburg befreit.<sup>42</sup>

Abteilung Verwaltungspolizei: Dr. Erich Zeitz, seit 1920 im Polizeidienst, Dr. jur., 1933 gemäßregelt, Geschäftsführer im Exporthandel, seit 1945 Mitarbeiter des Polizeipräsidenten.

Abteilung Schutzpolizei: Kurt Vogel, 36 Jahre, ehemaliger KZ-Häftling, Spanienkämpfer in der II. Internationalen Brigade, seit September 1945 Polizeichef in Potsdam.

Abteilung Kriminalpolizei: Alfred Schönherr, 38 Jahre, sechs Jahre Haft in der NS-Zeit.<sup>43</sup>

Abteilung Eisenbahn- und Wasserpolizei: Ferdinand Loll, 36 Jahre, in der NS-Zeit zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, Mai 1945 Inspektionsleiter Schutzpolizei Neukölln, seit Februar 1946 stellvertretender Leiter des Bahnpolizei-Hauptamtes.

Abteilung Kraft und Verkehr: „Herr Hartmann“, 58 Jahre, „erprobter Antifaschist“.

Abteilung Feuerwehr: Friedrich Wokoeck, 53 Jahre, seit 1918 bei der Berliner Feuerwehr, 1925 Brandmeister, Juni 1945 mit der Neuorganisation der Berliner Feuerwehr beauftragt.

Interessant ist die von Dünow kurz nach seinem Amtsantritt in der Pressestelle zusammengestellte und von Erich Mielke abgezeichnete Auswertung verschiedener Wahler-

41 Die Presserklärung wurde am 23. November 1946 von Oberstleutnant Smirnow zur Veröffentlichung freigegeben. Vgl. Mitteilungen, Schreiben und Organisationspläne des Pressebüros der DVdI unter BStU, ZA, MfS Allg.S 491/67.

42 Hans Mickinn, der sich als guter Sprinter in der Arbeitersportbewegung einen Namen gemacht hatte, gehörte seit 1933 u. a. mit Karl Maron zur illegalen Reichsleitung der „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“. Mickinn wurde 1935 festgenommen und 1936 vom Volksgerichtshof zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Mickinn wurde bereits 1948 seines Postens enthoben. Er gehörte später dem Präsidialrat des Kulturbundes an.

43 Alfred Schönherr arbeitete hernach im MfS, er gehörte zu den Aufbauakademern der HV A.

gebnisse aus den Besatzungszonen vom Sommer/Herbst 1946. Es handelte sich dabei um die Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung in der amerikanischen Zone vom 30. Juni 1946, um die Kreistagswahlen in der britischen und französischen Zone vom 13. Oktober 1946, um die Wahlen in Berlin vom 20. Oktober 1946 und die Landtagswahlen in der SBZ. Nach Dünows Aufstellung lagen für sämtliche Wahlen zusammengekommen folgende Ergebnisse vor:

SED, KPD	8 081 350 Stimmen	(17 Prozent)
SPD	14 551 136 Stimmen	(30 Prozent)
Christl. Parteien	18 790 072 Stimmen	(38 Prozent)
Liberales	6 843 829 Stimmen	(14 Prozent)

In der britischen Zone war die KPD mit über zwei Millionen Stimmen relativ stark, in der französischen Zone mit 1 615 561 Stimmen wie auch in der amerikanischen Zone mit 4 054 469 Stimmen sehr schwach.<sup>44</sup> Nach Dünows Hochrechnung war im Herbst 1946 empirisch erwiesen, daß es auf demokratischem Weg keine Mehrheit für ein kommunistisch geführtes Deutschland geben würde. Die Neuordnung unter kommunistischer Führung mußte also ohne Mehrheitszustimmung von oben herab mit Unterstützung der Besatzungsmacht in der SBZ erfolgen. Zu den zwölf bereits vorhandenen zentralen Verwaltungsinstitutionen kam deswegen folgerichtig als dreizehnte die Ordnungsmacht DVdI als amtliche Kerninstitution der Diktaturdurchsetzung hinzu.

Mit der Transformation der Ostzonen diktatur in das Staatswesen DDR wurde Hermann Dünow Leiter der Abteilung Presse und Redaktion in der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) und stellvertretender Leiter der Politischen Verwaltung der HVDVP. Von 1953 bis zu seinem Ausscheiden 1959 leitete er die Adjutantur des Innenministers. Während die Zeitschrift *Die Volkspolizei* seit 1948 bekanntermaßen unter Dünows Verantwortung herauskam, blieb seine Urheberschaft für ein anderes polizei-bezogenes Publikationsprojekt geheim. Zur Verunsicherung der West-Berliner Polizei produzierte die geheime „Zer“-Abteilung („Zersetzungs-Abteilung“) des Polizeipräsidi-ums von Ost-Berlin seit 1954 ein Agitationsblatt, das den Namen *Die Demokratische Polizei*, trug und sich im Untertitel als „Organ der Gruppe der Demokratischen Polizeibeamten“ bezeichnete. Laut einer einschlägigen MfS-Überlieferung wurde die Gruppe im Juni 1954 von Oberst Dünow im Auftrag der SED gebildet. Sie sollte „ein Mitteilungsblatt zur Zersetzung und Propaganda in der westberliner Polizei herausgeben“.<sup>45</sup> Hermann Dünow konnte als Kopf der verdeckten Polizeizersetzung im Kampf gegen die sozialdemokratische West-Berliner „Stumm-Polizei“ seinen reichen Erfahrungsschatz aus den Zeiten des AM-Apparats noch einmal voll ausschöpfen. Die in West-Berlin regierende Partei war die gleiche, der sein Haß schon vor 1933 gegolten hatte, und der West-Berliner Polizeipräsident Johannes Stumm, der vor 1933 ein sozialdemokratischer Gegenspieler der Kommunisten war, hatte ihnen sofort nach seinem Dienstantritt als Leiter der Präsidialkanzlei im Berliner Polizeipräsidium seit 1945 bis zur Polizeispaltung 1948 Zug um Zug Paroli geboten.

*Die Demokratische Polizei* erschien auch nach Dünows Dienstzeit in der HVDVP weiterhin zweiwöchentlich bis 1971. Sie wurde in einer Auflage von 2 500 Exemplaren an die Privatadressen von West-Berliner Polizeibeamten verschickt. *Die Demokratische Polizei*

44 Pressebüro der DVdI; Dünow, Hermann: Mitteilungen, Schreiben und Organisationspläne des Pressebüros. BStU, ZA, MfS Allg.S 491/67.

45 Bericht der Abt. VII/2 (Red./Gu.) vom 1. Februar 1960 über das „Mitteilungsblatt für die Westpolizei Demokratische Polizei“. BStU, ZA, MfS, AIM 6148/61.



Abb. 3: Hermann Dünow, Erich Honecker und Karl Maron 1959. Foto: SAPMO – BArch.

gerierte sich als Wurfsendung kritischer Polizeigewerkschaftler. Ihre internen Informationen über Vorgänge in der West-Berliner Polizei bezog das Blatt überwiegend von der Abteilung VII der MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin, die über einem zwar begrenzten, aber fleißigen Informantenstamm in der Westpolizei verfügte. Zahlreiche Spitzelberichte, die von diesen Westpolizisten mit geheimen Bindungen zum Ost-Berliner Staatssicherheitsdienst geliefert wurden, trugen den Weitergabevermerk „Demokratische Polizei.“ Auch Karl-Heinz Kurras gehörte seit Mitte der fünfziger Jahre zum Kreis der Informationslieferanten für das Zersetzungsblatt.

Hermann Dünow starb am 29. September 1973 im Alter von 75 Jahren. Die Abteilung für Sicherheitsfragen des SED-Zentralkomitees übermittelte einen Tag später Generalsekretär Erich Honecker die vollkommen unpersönlich gehaltenen Texte für einen Nachruf des Zentralkomitees und ein Kondolenzschreiben. Noch viele Jahre später wurde zwar das Andenken an Hermann Dünow in Schulungskursen und Veteranenabenden der Volkspolizei gepflegt, jedoch selbstredend ohne Erwähnung seiner Taten in den revolutionären Sturm-und-Drang-Jahren. Im Parteisprech der DDR-Ordnungshüter kam Dünows glattrasiertes politisches Vorleben später etwa so daher: „Er hatte maßgeblichen Anteil an der antimilitaristischen Propaganda der KPD ungefähr in den Jahren 1927 bis 1932; er verfaßte Flugschriften und Traktate sowie spezielle Publikationen für die Agitation innerhalb der Reichswehr und in reaktionären Wehrorganisationen der Weimarer Republik; er widmete sich überhaupt der Militärpolitik der KPD sowie dem Schutz der Partei vor dem Eindringen feindlicher Elemente. Dazu gehörte die Befähigung der Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Jungfront zur Abwehr von An-

schlagen auf die Organisationen der Arbeiterklasse.“<sup>46</sup> Bestimmt gab es am Ende dieses 1980 gehaltenen Vortrages den üblichen „lang anhaltenden Applaus“.

### *Bruno Haid und seine Leute*

Wie oben bereits erwähnt, sorgte Bruno Haid zu Jahresbeginn 1946 für das baldige Ende der von Hermann Dünow im Polizeipräsidium aufgebauten Eingreiftruppe. Dünow und Bruno Haid waren sich anlässlich der Parteiüberprüfung der Pressestelle II im Berliner Polizeipräsidium allerdings nicht zum ersten Mal begegnet. Hermann Dünow wies in einem seiner IML-Vorträge 1964 darauf hin, daß er als Jugendlicher den Wunsch hegte, später einmal studieren zu können. Seine Illusionen über das Studentenleben seien aber zerronnen, als er einige Zeit im Auftrag der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg die kommunistische Studentenfraktion (Komstufa) anzuleiten hatte. Er kam aber wohl mit diesen linken Besserwissern nicht zurecht und bat nach sechs Monaten um Entbindung von seiner Verantwortung für die Studentengruppen.<sup>47</sup> Ganz aber rissen seine Kontakte zu den KPD-Studenten an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität nicht ab. Für Dünow hielt Leo Roth als Verbindungsmann des AM-Apparats den Kontakt zu kommunistischen Studenten. Bruno Haid war seit 1932 Vorsitzender der „Roten Studentengruppe“, der eine der beiden linken Hammerstein-Töchter – Helga alias Grete Pelgert – angehörte. Sie versorgte den AM-Apparat der KPD mehrfach mit wichtigen Informationen aus dem Arbeitsumfeld ihres Vaters.<sup>48</sup>

Nachdem Dünow 1946 mit einem Teil der NS-Akten das Polizeipräsidium verlassen hatte, übernahm Bruno Haid mehrere Mitarbeiter Dünows in seinen Verantwortungsbereich, den er unter Franz Dahlems Patronage in der zentralen Parteibürokratie der SED zu einer Abwehr- und Spionageorganisation ausbaute. Allgemein ist in diesem Zusammenhang häufig von „Parteiaufklärung“ bzw. vom „Haid-Apparat“ die Rede. Für Franz Dahlems KPD-Sekretariat hatte Haid bereits im Pariser Exil Abwehraufgaben erledigt. Haid und seine Leute wurden 1952 ihrer Funktionen enthoben, nachdem Franz Dahlem entmachtet und schließlich aus der Parteiführung entfernt wurde. Über den „Haid-Apparat“ liegen umfangreiche Publikationen vor allem von Michael Kubina vor.<sup>49</sup> Im folgenden geht es um die in der einschlägigen Literatur kontrovers behandelte Frage der Infiltration des „Haid-Apparats“ durch westliche Dienste – ein Vorwurf, mit dem man seinerzeit auch Dahlem belastete – außerdem geht es um den bislang kaum bekannten Verbleib einiger der ausgeschalteten „Haid-Apparat-Mitarbeiter“.

In den MfS-Überlieferungen befinden sich verstreute Überlieferungen zur Abwicklung des „Haid-Apparats“ aus dem Archivgut der MfS-Spionageabwehr.<sup>50</sup> Darin sind Behauptungen und Gerüchte über Unzuverlässigkeiten im Verantwortungsbereich von Haid

46 So im 1980 gehaltenen Vortrag Karl Dammaschkes: Wie ich Genossen Hermann Dünow erlebte. Zusammenarbeit mit Hermann Dünow bei der Zeitschrift Die Volkspolizei (1948—1956). BArch, Sgy 30/1949.

47 Vgl. Erinnerungen des Genossen Hermann Dünow, datiert mit 21. April 1964. SAPMO – BArch, Sgy 30/0171, IML, Bestand Erinnerungen.

48 Vgl. Enzensberger: Hammerstein, S. 149 f. und S. 187 ff.

49 Vgl. u. a. Kubina, Michael: „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt...“. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, H. 3/1996. Ders.: Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED. In: Wilke, Manfred (Hrsg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 472 ff.

50 MfS, HA II/6. Materialsammlung interner Apparat des ZK, Parteiaufklärung. BStU, ZA, MfS, HA II/6, Nr. 1158 Bd 1 u. 2.

zusammengetragen. Die antisemitische Einfärbung des denunziatorischen Schriftgutes entspricht den zeitgenössischen Standards vor dem Hintergrund der NS-Zeit und den Kampagnen zur „Säuberung“ der kommunistischen Parteien von „Parteischädlingen“ jüdischer Herkunft in Ungarn und der Tschechoslowakei. So heißt es über Haid in einem Bericht des MfS vom 25. Juni 1952: „Die Eltern der Frau des Gen. Haid sind Israeliten, die im Elsaß gelebt haben und sich jetzt schon einige Jahre in Palästina befinden. Die Eltern schreiben regelmäßig aus Palästina.“<sup>51</sup> Und: „In der letzten Zeit verkehrt bei dem Gen. Haid ein junger Mensch – schwarzes Haar, Brillenträger, israelitischer Typ – der meist mehrere Tage dort schläft und dann wieder eine Zeitlang verschwindet und wieder auftaucht.“ Er helfe Frau Haid bei Hausarbeiten und Reparaturen der Fahrräder. „Wer diese Person ist, können wir noch nicht sagen, werden es aber in nächster Zeit feststellen.“ Über diese geplante Personenermittlung befinden sich keine weiteren Unterlagen in dem MfS-Material.

Auch eine gesteigerte materielle Interessiertheit der Familie Haid durfte in der Typisierung nicht fehlen: Frau Haid erhalte von einem mit ihr befreundeten Arzt aus dem Elsaß Pakete. In den Kellerräumen des Hauses, in dem Haid wohnt, seien leere Kisten von Care-Paketen festgestellt worden. Vermutlich seien die Care-Pakete „von ihm angenommen“ worden. Weiter wird belastend angeführt, daß vor einiger Zeit „ein französischer Satyriker [sic!] oder Komödiant, der in Westberlin eine Gastrolle gab ... bei Gen. Haid über Nacht blieb. Es soll ein Bekannter oder Verwandter seiner Frau sein. Der Name des Komödianten ist Marceau.“

Die maßgeblichen Untersuchungsführer gegen Haid's Parteiaufklärung, denen solches Material vorlag, waren Anton Ackermann, Markus Wolf, Richard Stahlmann, Gerhard Heidenreich und Alfred Schönherr. Diese Funktionäre hatten unter der Tarnung eines „Instituts für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) seit August 1951 unter Ackermanns Leitung den Aufbau eines eigenen Spionagedienstes der DDR, des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (APN), in Angriff genommen. Ein Teil des gegen Haid zusammengetragenen Materials übergaben die Untersuchungsführer auch dem Sowjetischen Nachrichtenbüro (SNB) auf Bitten „der Freunde“, namentlich Bestpalow, Major Stern und Sascha Galkin. Markus Wolf schrieb sich später die Hauptrolle bei der Aufdeckung der angeblich von westlichen Agenten durchgesetzten Parteiaufklärung und ihrer Abwicklung zu, die wie er schrieb „zum Glück nicht mit Berijas Methoden erfolgt“ sei. Nach Wolfs Erinnerungen hätten Ackermann und er selbst Walter Ulbricht „eines Tages“ von der Infiltration der Parteiaufklärung durch westliche Agenten informiert und vorgeschlagen „alle Verbindungen zur westdeutschen Parteiaufklärung abzubrechen und alle Mitarbeiter, die Kontakt zur KPD hatten, zurückzubeordern“.<sup>52</sup> Die MfS-Spionageabteilung arbeitete jedoch noch viele Jahre mit einer ganzen Reihe von Informanten aus der angeblich von westlichen Diensten infiltrierten Parteiaufklärung weiter. Markus Wolf rühmte sich sogar in seinen Erinnerungen, die SPD-Quelle „Freddy“ jahrelang persönlich angeleitet zu haben.<sup>53</sup> Ein etwas genauerer Blick auf die 1952/53 durch Wolf und seine Leute übernommenen früheren Informanten des „Haid-Apparats“ macht Wolfs Behauptung von der infiltrierten Parteiaufklärung noch unglaubwürdiger. Vermutlich lieferten er und der neue „Außenpolitische Nachrichtendienst“ Ulbricht nur die gewünschten „Belege“ für das Vorgehen gegen den „Haid-Apparat“ oder genauer gesagt für weite-

51 Haid's Frau stammte aus Straßburg, sie war wegen illegaler Kuriertätigkeit für die KPD in der NS-Zeit drei Jahre inhaftiert. Haid's Vater starb vermutlich in den Gaskammern von Auschwitz.

52 Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1997, S. 69.

53 Ebd., S. 176 ff.

re Vorwände zur Ausschaltung Franz Dahlems.<sup>54</sup> Nachdem Ackermann und Wolf ihre Verdächtigungen Ulbricht vorgetragen hatten, ordnete der SED-Generalsekretär die Auflösung des „Haid-Apparats“ an. Haid's Mitarbeiter sollten Arbeitsstellen und neue Wohnungen zugewiesen werden, die mindesten 100 Kilometer von Berlin entfernt waren. Namentlich genannt werden in den MfS-Unterlagen in diesem Zusammenhang Peter Wiesen, Heinz Kostka, Huldreich Stroh und Alfred Schmandt. „Diese Umsiedlung muß bis 31.12.52 durchgeführt werden“, hielt Richard Stahlmann in einer Aktennotiz fest.<sup>55</sup> Allen vieren seien je 1 000 Mark Umzugskosten/Überbrückungsgeld zu zahlen.

Die Materialsammlung gegen den „Haid-Apparat“ enthält diverse Auflistungen der 1951 geführten Quellen im Westen und Hinweise zur Übergabe an MfS-Dienststellen bzw. Vermerke über eine Trennung von diesen Quellen. In einem ausführlichen 166seitigen Papier vom 18. September 1952, das mit „Zusammenfassender Bericht über die Untersuchung des ehemaligen Nachrichtenapparates der Partei und über dessen Abwicklung“ überschrieben ist, wurden dessen Mitarbeiter und knapp 40 Quellen bewertet.<sup>56</sup> Aus einem „Überblick über die Entwicklung in der Abtlg. 4“ des APN geht hervor, daß dessen Mitarbeiter Hentschke „den alten Apparat der Parteiaufklärung, der W-Berlin bearbeitete“ von Haid und Stroh mit 26 aktiven Quellen übernommen hatte sowie etwa 30 Leitz-Ordner mit Informationen, die von diesen Quellen beschafft worden waren. Nach Parteien aufgelistet führte der „Haid-Apparat“ in West-Berlin dreizehn Quellen in der SPD, zwei in der CDU und drei in der FDP. Alfred Schönherr hielt nach zehn Monaten Arbeit mit dem „alten Apparat“ am 21. August 1952 fest, daß mit den noch nutzbaren Quellen gegen die „Katastrophen-Politik der Reuter-Clique“ weitergearbeitet werden solle. Sie sollten über Kurier angeleitet werden und mit technischen Hilfsmitteln vertraut gemacht werden. „Alle diese Fragen sind besonders unter dem Gesichtspunkt einer evtl. Sperrung der Sektorengrenze durchzuführen bzw. vorzubereiten.“

Da diverse Listen und Einzelberichte mit Zuordnungen von Klarnamen zu den nummerierten Quellen der SED-Parteiaufklärung überliefert sind, ist eine Zusammenschau der 1951 vorhandenen West-Informanten möglich.<sup>57</sup> Es ergibt sich daraus folgendes Bild:

Quelle 21 (laut Liste Willi Schremm), 1927 KPD, nach 1945 im Parteiauftrag in der SPD, dort Abteilungsvorstand Tiergarten, Betriebsrat bei Siemens.

Quelle 23 (laut Liste Willi Noack), SPD-Kreisvorstand Tiergarten, Landesvorstand „Die Falken“, Angestellter im Bezirksamt.

54 Helmut Müller-Enbergs, der die Überlieferungen der MfS-Spionageabwehr zum „Haid-Apparat“ bereits für den 2. Band seiner IM-Untersuchung auswerten konnte, als externen Forschern der Zugang zu diesem Material in der BStU nicht gewährt wurde „übernimmt die Machinationen der Stichwortgeber Ulbrichts, um in einer Fußnote einschränkend anzumerken, es sei ‚nicht gänzlich ausgeschlossen, daß es sich dabei um einen konstruierten Vorwurf handelte‘“. Tatsächlich war es genau umgekehrt. Vgl. Müller-Enbergs, Helmut (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998, S. 24.

55 Schmandt und Stroh weigerten sich zunächst, Berlin zu verlassen und mußten unter Druck gesetzt werden.

56 Von den sieben gefertigten Exemplaren des Berichts ließ Markus Wolf am 20. Juni 1955 drei vernichten, zwei Exemplare blieben beim Sekretariat, eines bei Mielke, und eines bei H. Müller für Personalakten.

57 Die für die Aufstellung verwendeten Listen und Einzelangaben finden sich unter MfS, HA II/6. Materialsammlung interner Apparat des ZK, Parteiaufklärung (Haid-Apparat). BStU, ZA, MfS, HA II/6, Nr. 1158 Bd. 1 u. 2.

Quelle 31 (laut Liste Waldemar Rehwaldt), Journalist, nach 1945 ADN (sechs Wochen Haft bei „den Freunden“).<sup>58</sup>

Quelle 45 (laut Liste Günther Köhler) war „Wachtmeister der Stumpolizei in Kreuzberg“, Verkehrspolizei, SED seit 1948. Er sollte an die Abteilung I übergeben werden.

Quelle 61 (laut Liste Ludwig Pauli) war Verwaltungsangestellter im Bezirksamt Neukölln, SPD, SDS. Sollte als Perspektivagent weitergeführt werden.<sup>59</sup>

Quelle 62 (laut Liste Kurt Zabel) Dozent am Hochschulinstitut für Wirtschaftsfragen, geschäftsführender Ausschuß der FDP.

Quelle 71 (laut Liste G. Hermann) war Revierpolizist, beschaffte internes Material aus der West-Polizei, vor 1933 KPD. Habe sich aber als wenig mutig erwiesen und Aufgaben nicht ausgeführt. Es sollte eine Trennung der Verbindung erfolgen.

Quelle 72 (laut Liste E. Hoffmann) arbeitet beim West-Berliner Senat, war dort im Facharbeitsamt III Betriebsratsvorsitzender, Kreisdelegierter der SPD-Charlottenburg. War vor 1933 KPD und nach Rückkehr aus englischer Gefangenschaft im Auftrag in die SPD geschickt worden. Sollte „konserviert“ werden.

Quelle 91 (laut Liste Paul Lehmann), Angestellter der „Stupo“, Kriminalpolizei Wilmersdorf, 1945 KPD, 1946 SED, dann FDP.<sup>60</sup>

Quelle 141 (laut Liste Bruno Wricke) „Angestellter der Stupo“, Kriminalpolizei Neukölln, 47 Jahre.

Quelle 501 (laut Liste Josef Braun). Er gehörte vor 1933 der KPD und dem Rotfrontkämpferbund an. Im Zweiten Weltkrieg Soldat, amerikanische Gefangenschaft. Er trat im Parteauftrag in die SPD ein, war Angestellter des DGB, seine Frau arbeitete dort im Ostbüro. Im Untersuchungsbericht von 1952 heißt es: „Seit einigen Wochen ist er 2. Vorsitzender der Berliner SPD. Die Zusammenarbeit wurde mit ihm geführt auf der Basis, daß dieses der Auftrag der Partei für ihn als Genosse ist.“ Markus Wolf führte Braun, der seit 1961 im Bundestag saß, unter dem Decknamen „Freddy“ bis zu dessen Herztod im Jahr 1966.

Quelle 502 (laut Liste Robert Rode [recte: Rohde; J.S.]) war Vorsitzender der IG Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) Berlin und Mitglied des erweiterten Bundesvorstandes der NGG, Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Reinickendorf. Da Ernst Scharnowski vermutlich Hinweise auf seine DDR-Verbindungen habe, sollte er einstweilen zur Sicherheit „konserviert“ werden. Rode wurde bereits 1946 von Böhm (*Berliner Zeitung*) geworben.

58 Zu Rehwallds politischen Aktivitäten im West-Berlin der Nachkriegszeit vgl. Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906 – 1978). Hamburg 2001, S. 348. Rehwaldt wurde im März 1953 nach Ost-Berlin verschleppt und von einem Sowjetischen Militärtribunal zu zehn Jahren Haft verurteilt. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Köln 1979.

59 Pauli gelangte 1955 in den gehobenen Dienst der Bundesrepublik Deutschland. Als IM „Adler“ arbeitete er für die HV A des MfS jahrelang im Auswärtigen Amt. Vgl. Schwan, Heribert/Heindrichs, Helgard: Das Spinnennetz. Stasi-Agenten im Westen: Die geheimen Akten der Rosenholz-Datei. München 2005, S. 57 passim.

60 Lehmann arbeitete später in der West-Berliner Polizei als V-Mann für den Hauptmann der Volkspolizei Franz Zimny alias GM/GHI „Egon“ des MfS. Zimny, der in der Weimarer Republik für den AM-Apparat u. a. in der „Schupoabteilung“ der KPD tätig war, gehörte von 1954 bis 1961 zu der Abteilung „Zer“ unter Hermann Dünows Verantwortung an. Er war einer der Macher des Agitationsblattes Demokratische Polizei, das die Volkspolizei und das MfS zur Unruhestiftung im West-Berliner Polizeiapparat herausbrachten.

Quelle 503 (laut Liste Otto Schlömer) sollte von der Abteilung I übernommen werden. Vorstandsmitglied der KAP-Berlin, Mitglied der 4. Internationale, Herausgeber von „Pro u. Contra“.<sup>61</sup> Erhielt 750 Westmark monatlich.

Quelle 504 (laut Liste Gerhard Schirn) war im Kreisvorstand der CDU Tempelhof,<sup>62</sup> Vorsitzender der Jungen Union Lichtenrade, Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union und außerdem im „militärpolitischen Ausschuß“ der JU. Hauptmotiv der Zusammenarbeit seien „300 Westmark, die er von uns erhält“. Sollte „konserviert“ werden.

Quelle 506 (laut Liste Frau Jahn) arbeitete als Angestellte im Zeitungsarchiv des SPD-Landesvorstandes.

Quelle 507 (laut Liste Gerhard Gutt), Senatsangestellter, SPD. Vor 1933 KJVD, „wahrscheinlich unter den Westberliner Verhältnissen versumpft.“ Eine Überprüfung durch die Abteilung I des MfS sollte erfolgen.

Quelle 508 (laut Liste Hilde Nowack), wurde in die „Hildebrandt-Kampfgruppe“ (Cuno-Fischer-Straße) eingeschleust und dort als Sekretärin beschäftigt. Sie konnte Karteien und Aussageprotokolle einsehen und die daraus gewonnenen Informationen dem „Haid-Apparat“ weiterleiten. In den MfS-Dokumenten wird sie meist als „das Mädels“ bezeichnet und angemerkt, daß sie wechselnde Männerbekanntschaften pflege. Auch Stroh habe mit ihr eine Beziehung aufgenommen. „Das Mädels knüpfte auch gute Beziehungen zu Rainer Hildebrandt und anderen Mitarbeitern der Kampfgruppe an.“ Hilde Nowack ging nach ihrer Entlassung aus der KgU wieder in die DDR zurück und erhielt eine Stelle in Stralsund.<sup>63</sup>

Quelle 509 (laut Liste Heinrich Wesche), Angestellter im Bezirksamt Neukölln, SPD. War 1916 Mitglied des Spartakusbundes, später Vorstandsmitglied der USPD, „charakterloser Opportunist, der im Jahre 1933 nach Verhaftung Verrat an der Partei übte und deshalb aus der KPD ausgeschlossen wurde“. Wird als „ehemaliger führender Funktionär der KPD“ bezeichnet. Sollte „konserviert“ werden.<sup>64</sup> Einem anderen Überlieferungsstück zufolge war Wesche Unterbezirksleiter der KPD in Chemnitz, 1927 Kandidat des ZK, Delegierter zum VII. erweiterten EKKI, 1945 verhaftet und aus der KPD ausgeschlossen.

Quelle 510 (nach Liste Heinz Bielke) arbeitete als Dolmetscher in der Abteilung Arbeit der HICOG (High Commissioner, damals John McCloy), die die Verbindung zum Ostbüro des DGB hielt. Bielke sollte weiter als Quelle geführt werden.

Als Quelle Ck3 wurde Adolf Kanter vom „Haid-Apparat“ geführt. Er war im Zweiten Weltkrieg bei einer Panzerabteilung in Belgrad zur Partisanenbekämpfung eingesetzt, be-

61 Vgl. zu Schlömers Nachkriegskarriere Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, S. 336 ff. sowie zu der von ihm herausgegebenen linken Zeitschrift Kubina, Michael: „Pro und Contra – Weder Ost noch West“? Staatssicherheit und französischer Geheimdienst schaffen „Diskussionsblätter für demokratischen Sozialismus“. In: Zeitschrift des Forschungsverbund  $\frac{1}{2}$  des SED-Staat, Nr. 18/2005, S. 37 ff.

62 Schirn war 1947/48 Geschäftsführer der CDU in Berlin Tempelhof. Vgl. Schreiner, Reinhard: Namen und Daten aus sechs Jahrzehnten Parteiarbeit. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der CDU-Landes-, Bezirks- und Kreisverbände seit 1945. St. Augustin 2011.

63 Kuriosum am Rande: Im Januar 1953 verlangte Heinz Wieland von der Zentralen Kaderregistrator des SED-Zentralkomitees von Alfred Schönherr, daß der APN den Umzug Hilde Nowacks von Stralsund in einen anderen Ort der DDR bezahlen sollten. Schönherr erwiderte laut seiner Aktennotiz, das werde die Leitung des Instituts wohl ablehnen, da man sich von dieser Quelle schon vor fünfzehn Monaten getrennt habe.

64 Zu Wesches konkreter Tätigkeit in der Nachkriegszeit Vgl. Kubina, Michael: Die kurzlebige Wiedergeburt der USPD. In: ZdF Nr. 16/2004, S. 55.

teiligte sich 1946 in Rheinland-Pfalz am Aufbau der FDJ. Dort wurde er vom Residenten „Kneip“ (Leo Schieder) für die Arbeit des Geheimapparats der SED „entwickelt“. Kanter kam durch seinen Förderer Senatspräsident Dr. Schunk mit führenden Kreisen der CDU und des neugegründeten Bundes Europäischer Jugend (BEJ) in Kontakt, dessen Landesvorsitzender er 1951 wurde. In Absprache mit dem SED-Geheimapparat bewarb sich Kanter in dieser Zeit auch beim „Kaiser-Ministerium“. Er habe, heißt es in dem Untersuchungsvorgang des APN, enge Kontakte zu Eugen Kogon, Shepard Stone, Horst Runau (BEJ), Eberhard von Brauchitsch und Otto Blessing (Vizepräsident der Europa-Union) sowie mit dem „Haus der Zukunft“. Die Abwickler des „Haid-Apparats“ hielten ausgerechnet Kanter für einen gegnerischen Agenten. Er falle durch eine „zu allgemeine Berichterstattung“ auf, die „unklar und mit Phrasen behaftet“ sei. „Alle Zusammenhänge lassen vermuten, daß Ck3 im Auftrag des Gegners arbeitet.“ Tatsächlich spionierte der spätere Flick-Lobbyist Kanter aber bis 1989 unter dem Decknamen „Fichtel“ für die HV A in der CDU und westdeutschen Wirtschaftskreisen, worauf Markus Wolf in seinen Memoiren mit besonderem Stolz hinweist.<sup>65</sup>

Lothar Weirauch alias X., geführt von „Bern“, Ernst Haberland. X kannte von der Zentrale den „Genossen Anton“. Er arbeitete „auf der Linie der politischen Information, insbesondere über die Führung der FDP, in der er zuerst als Geschäftsführer Nordrhein-Westfalen und bis zuletzt als Hauptgeschäftsführer in der Parteileitung arbeitete.“ Er habe von Zeit zu Zeit auch „Materialien von Abwehrcharakter“ gebracht. Das MfS vermutete, Weirauch sei ein englischer Agent, „der wahrscheinlich während der Nazizeit Spionageaufträge durchführte“. Er habe angeblich im „Generalgouvernement“ Verbindung zu „der von England gesteuerten Bewegung“ unterhalten und dabei mit Dr. Weidner, „dem ‚Führer der polnischen Juden‘“ und auch mit dem „Polenführer Sapiecha“. Weirauch habe auch als „Arno Müller“ für den KPD-Nachrichtendienst gearbeitet. Die Schlußfolgerung der APN-Prüfer, „daß X im Auftrag gegen uns gearbeitet hat“, war eine weitere kurzlebige Zwecklegende, denn Wolfs Abteilung nutzte den ehemaligen NSDAP-Mann Weirauch weiter als Spion, und das sogar auch noch, als seine Beteiligung an Judendeportationen in Polen bekannt wurde.<sup>66</sup>

Interessant war auch die Verbindung „Timm“ (Karlfranz Schmidt-Wittmark), ein Hamburger CDU-Politiker mit sehr guten Verbindungen..Auf einer zweiseitigen Liste mit seinen Kontakten finden sich viele aufstrebende Politiker der damaligen Zeit wie Dr. Heck, Hans Globke, Dr. Gerd Bucorius, Hermann Ehlers, Dr. Schröder, Jakob Kaiser, Karl Arnold usw.<sup>67</sup> Auch Wittmark wurde von Markus Wolf weiter im Spionagedienst gehalten, bis er 1954 in die DDR übertrat und auf einer Pressekonferenz den „westdeutschen Revanchismus“ enthüllte. Wittmark, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, brachte es später zum Vizepräsidenten der Kammer für Außenhandel der DDR.

#### *Ungern in die DDR – Zum Verbleib der Mitarbeiter des „Haid-Apparats“*

In einem weiteren im September 1952 verfaßten Papier „Zur Untersuchung des Apparates der ehemaligen Parteiaufklärung“ hieß es unter der Zwischenüberschrift „Der Stand der Abwicklung“: „Da die Untersuchung die Durchsetzung des gesamten ehemaligen Apparates mit Agenten und die Kenntnis des Gegners über den Apparat gezeigt hat, wurden sämtliche Residenturen in Westdeutschland aufgelöst und alle Mitarbeiter, die

65 Vgl. Wolf: Spionagechef, S. 172 ff. Zur weiteren Spionagekarriere Adolf Kanters vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 55 ff.

66 Vgl. Leide: NS-Verbrecher, S. 184 ff.

67 Vgl. Kubina, Michael: Aufbau des zentralen Westapparats, S. 482.

gefährdet waren oder die Partei gefährden konnten, in die DDR abberufen. Insgesamt befinden sich jetzt neben den bereits früher abgezogenen leitenden Genossen Vesper, Grünert und Korthaus, 4 ehemalige Residenten in der DDR, von denen einer (Gerhard Leo) noch für Westberlin eingesetzt ist. 9 weitere Mitarbeiter sind ebenfalls in der DDR angesiedelt worden. Dabei wurde allgemein festgestellt, daß diese Genossen mit wenigen Ausnahmen sehr ungern dieser Anweisung Folge leisteten.“ Drei Residenten weigerten sich, in die DDR zu kommen. Die meisten ehemaligen Quellen der Parteiaufklärung in Westdeutschland seien „konserviert“ worden.

Konkrete Angaben über die angebliche „Durchsetzung des gesamten ehemaligen Apparates mit Agenten“ finden sich in dem Untersuchungsvorgang gegen Haid und seine Leute nur in wenigen Einzelfällen. Am 14. Juni 1952 bat Ackermann Minister Wilhelm Zaisser um Verhaftung des Westdeutschen Hans-Joachim Schlomm, der sich besuchsweise in der DDR aufhielt. Schlomm sei ein englischer Agent, der in den Sicherheitsapparat in Westdeutschland eingedrungen sei. Der ehemalige Kadersekretär der KPD in Hamburg, Otto Fink, jetzt Alster-Verlag, habe ihn in diese Funktion eingebaut. Vermutlich habe Fink auch weitere Agenten in den Apparat geschleust. Schlomm, alias „Mercur“, kam in Untersuchungshaft. Seine Vernehmungen führten Markus Wolf und Gustav Szinda. Wolf rühmte sich in seiner Autobiographie, daß ihm die Überführung des Doppelagenten gelungen sei.<sup>68</sup> Schlomm erhielt wegen Spionage eine Haftstrafe von neun Jahren.

Bei einer Besprechung am 12. Mai 1956 erkundigte sich der ZK-Funktionär Heinz Wieland bei Markus Wolf und Gerhard Heidenreich nach dem Verbleib der Mitarbeiter und zurückgerufenen Residenten der SED-Parteiaufklärung. Wolf behauptete, sie seien in der DDR entsprechend ihren Fähigkeiten und beruflichen Kenntnissen eingesetzt. Namentlich ging es bei der Unterredung um Huldreich Stroh, Gustav Schöning, Willi Bürger, Fritz Pirnack, Josef Heisler, Hans Berger, Walter und Elisabeth Vesper, Robert Keuns, Willi und Berta Grünert, Fritz Ehrhard, Ernst Haberland, Luise Pirnack, Gustav und Erika Schöning, Maria Engels, Rudi Woersching [an anderer Stelle Wörching; J.S.] und Walter Westphal.<sup>69</sup>

Was aber wurde aus den aus Berlin verbannten ZK-Mitarbeitern Schmandt, Wiesen, Kostka und Stroh? Im Bundesarchiv bzw. im BStU-Archiv finden sich verstreute Überlieferungen zu den Lebensläufen dieser Funktionäre der SED-Parteiaufklärung. Alfred Schmandt, gebürtiger Berliner, Jahrgang 1909, Schmiedehelfer, 1927 KJVD, 1930 Rotfrontkämpferbund, 1931 KPD-Tiergarten. Durch seine Tätigkeit im Rotfrontkämpferbund, schrieb Schmandt in seinem Lebenslauf von 1949, sei er der Auffassung unterlegen, „daß der Klassenkampf hauptsächlich mit ‚handgreiflichen‘ Argumenten (d. h. physischer Kampf gegen die Faschisten) geführt werden muß“. 1932 erfolgte seine Übernahme „in den militärischen Kader der KPD“. Illegale Arbeit bis zum Abriß der Verbindung zur KPD 1934. Danach habe er nur noch Diskussionen im vertrauten Kreis geführt und seit 1937 Unterstützungsarbeit für KZ-Häftlinge durch Geldsammlungen geleistet.

Am 1. September 1939 wurde Schmandt Hilfspolizist. „Kurz nach meiner Einberufung erhielt ich von der Stapo Dircksenstraße eine Vorladung zur Vernehmung. Es handelte sich hierbei um die Wiederaufröhlung des Norkus-Prozesses (Mordanklage gegen Tack) anläßlich der Rückkehr des ehemaligen RJ-Mitgliedes Harry Tack aus der Sowjetuni-

68 Vgl. Markus Wolf: Spionagechef, S. 66 ff.

69 Heidenreich, Gerhard: Aktenvermerk vom 17. Juni 1956 über Genossen, die im Interesse ihrer eigenen Sicherheit 1952/53 in die DDR abberufen wurden. BStU, ZA, MfS, HA II/6, Nr. 1158.

on.<sup>70</sup> Außer mir wurden noch alle bekannten RFB-Kameraden des 2. Zuges zur Vernehmung geholt. Durch die belastenden Aussagen des ehemaligen Angehörigen der RJ, Walter Seeburg, (später SA), wurde ich der evtl. Mittäterschaft an dem Mord verdächtigt. Seeburg hatte angegeben, daß er mich unmittelbar nach der Tat an Norkus gemeinsam mit den Tätern Simon und Klingbeil in nächster Nähe des Tatorts gesehen habe.“ Er habe sich aber durch das gemeinsame Auftreten mit Georg Stolt von dem unberechtigten Vorwurf entlasten können. Der vernehmende Kriminalkommissar Pusch habe ihn mit der Bemerkung entlassen: „Na, Sie sind uns ja, falls nötig, für die Zukunft greifbar, da Sie jetzt bei der Polizei sind.“

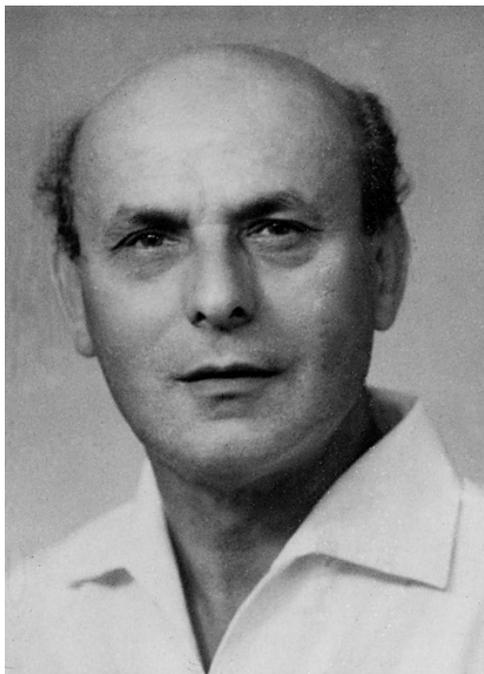
Seit Oktober 1939 war Schmandt im Ersatzbataillon 209 (Polizeireservisten). „Ich selbst glaubte zur damaligen Zeit noch, daß es in der Folge des Krieges zum inneren Zusammenbruch des Faschismus führen müsse. Aus dieser Einstellung heraus sowie der noch vorhandenen Vorstellung, dienstlich nicht aufzufallen wegen der Norkus-Angelegenheit und auch z. T. aus meinem damaligen falschen Ehrgeiz, den anderen Kameraden in der militärischen Ausbildung nicht nachzustehen, interessierte ich mich stark für die militärische Ausbildung. (Was mir besonders leicht fiel, da ich von diesen Dingen vieles im RFB und besonders im Kader der KPD gelernt hatte. Ich glaubte, es jetzt vervollkommen zu können, um es zur gegebenen Zeit gegen das faschistische System zu benutzen).“

Einsatz in Holleschau Tschechoslowakei, seit 1940 Gruppenführer, Oberwachtmeister. Nach eigener Auskunft im Lebenslauf von 1952 erfolgte kein Einsatz gegen die Bevölkerung. Nach der Auflösung des Bataillons im Juni 1940 kam Schmandt zurück nach Berlin und als Revierobermeister zum Einsatz im Polizeirevier 25, Tiergarten. „Durch die politische Entwicklung in Deutschland wurde ich überzeugt, daß ich mich in der Einschätzung der Verhältnisse anfangs des Krieges geirrt hatte. (Überall und selbst bis in die Reihen meiner Verwandtschaft machte sich zur damaligen Zeit auf Grund der militärischen Erfolge der Hitler-Faschisten eine zunehmende Begeisterung und Glaube an den Endsieg bemerkbar).“

Im März 1943 wurde Schmandt nach Den Haag abkommandiert. Zu seiner Aufgabe als Gruppenführer von überwiegend volksdeutschen Polizisten aus Kroatien schrieb er in seinem Lebenslauf: „Unser Dienst in den Haag bestand ausschließlich aus Kompanieausbildungsdienst mit dem Ziel, uns zum Einsatz in der SU (Partisanenbekämpfung) fertig zu machen.“ Das Führungspersonal habe aus SS-Leuten bestanden. Ihm kamen Exekutionen von holländischen Widerstandskämpfern zur Kenntnis. „Die Erschießungskommandos waren zusammengestellt aus aktiven Polizisten.“ Mitte bis Ende 1943 folgte ein Einsatz in Minsk. Um nicht an der Partisanenbekämpfung teilnehmen zu müssen, habe er eine Krankheit vorgetäuscht und keine Nahrung mehr zu sich genommen. Nach einem Lazarettaufenthalt wurde er zurück nach Berlin zur Polizei-Wachkompanie-Mitte, Kleine Alexanderstraße, versetzt und schließlich wiederum wegen Krankheit nur innendienstfähig ins Revier 26 Tiergarten. Am 21. April 1945 entzog er sich dem Kampfeinsatz und lief zur Roten Armee über.

Es folgte ab Sommer 1945 eine Funktionärstätigkeit in der Kreisleitung der KPD-Tiergarten sowie eine Tätigkeit als Betriebsprüfer beim Arbeitsamt Tiergarten. Nach der Entlassung wegen seiner SED-Mitgliedschaft kam Schmandt 1948 zu Robert Bauer

70 Der 16jährige Oberschüler Herbert Norkus wurde am 24. Januar 1932 von Mitgliedern des Rotfrontkämpferbundes beim Flugblattverteilen erstochen. Norkus' Schicksal wurde im Propagandaroman und dem gleichnamigen NS-Film „Hitlerjunge Quex“ verarbeitet. Die Tatbeteiligten Willi Simon, Bernhard Klingbeil und Harry Tack entkamen in die Sowjetunion.



**BStU-Kopie**

*Abb. 4: Peter Wiesen Foto: BStU.*

in die Informationsabteilung der SED-Landesleitung und kurz darauf als Kriminalangestellter ins Ost-Berliner Polizeipräsidium. Ab Januar 1949 bis zum Oktober 1951 gehörte er zum „Haid-Apparat“ im ZK der SED. Im November 1952 erklärte sich Alfred Schmandt schriftlich bereit, nach Halle zu ziehen. Er wurde dann 1. Kreissekretär der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) in Buna.<sup>71</sup>

Peter Wiesen aus Fischbach bei Saarbrücken, Jahrgang 1908, Deckname „Konrad“, wird in den Kaderunterlagen als „klassenbewußter, parteiverbundener Genosse“ charakterisiert, „der jeden Parteauftrag bedenkenlos ausführt. Er scheint jedoch etwas primitiv und vor allem sehr triebhaft veranlagt zu sein.“ Wiesen kam Ende der zwanziger Jahre nach Berlin, wo er in der Buchbinderei Bleistein und Fritsche arbeitete. Seit 1930 gehörte er der KPD an. Er war unter anderem am Vertrieb „des illegalen Sturmbanner und von Schupomaterial“ beteiligt. Laut seinem Lebenslauf wurde er im August 1932 im Regierungsviertel bei einer „Aktion Polizei-Zersetzung verhaftet“. Nach der Machtübernahmen der Nationalsozialisten bekam er wegen Vorbereitung zum Hochverrat eine ein- einhalbjährige Haftstrafe, im Oktober 1937 wurde er erneut wegen illegaler KPD-Arbeit verhaftet. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn nun zu vier Jahren Haft. Peter Wiesen saß in den Zuchthäusern Brandenburg, Amberg und im Aschendorfer Moorlager II, bevor er 1941 ins Konzentrationslager Sachsenhausen kam. In der Haft beteiligte er sich an der illegalen Arbeit. Im November 1944 wurde Wiesen mit rund 300 Männern aus dem KZ Sachsenhausen zur Brigade „Dirlewanger“ eingezogen und nach kurzer militärischer Ausbildung an die Ostfront verlegt. Im Raum Homosk lief er mit fast dem gesamten Mannschaftsbestand des III. Sonderbataillons zwischen Mitte Dezember 1944 zur Ro-

<sup>71</sup> SED, Kaderregistrator: Unterlagen vom 30. Januar 1953 über Alfred Schmandt. SAPMO – BArch, DY 30/ IV 2/11/v 3327.



BStU-Kopie

Abb. 5: Heinz Kostka Foto: BStU.

ten Armee über. Wiesen kehrte 1946 aus der Sowjetunion nach Berlin zurück. Nach seiner Entlassung aus dem „Haid-Apparat“ arbeitete er unter dem Decknamen „Leo“ noch einige Zeit für die APN bzw. die HV A. Seit 1965 beteiligte er sich als Rentner in der Straußberger Gegend im Auftrag des MfS an der „Absicherung von Objekten“ der Nationalen Volksarmee. Das MfS beendete die Zusammenarbeit 1969 wegen Perspektivlosigkeit.<sup>72</sup>

Heinz Kostka aus Berlin, ebenfalls Jahrgang 1908, gelernter Motorenschlosser, Deckname „Heinz“, erst seit April 1951 „im Büro Haid als Mitarbeiter des Gen. Stoph tätig“. Zuvor „war er seit 1945 bei der Berliner Volkspolizei“, zuletzt als Chef der Kriminalpolizei Berlin-Mitte.<sup>73</sup> Kostka trat 1924 in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) ein, 1929 in den Arbeitersportverein Fichte (Motorsport) und 1931 in die KPD. Er beteiligte sich von 1933 bis 1936 an der illegalen Arbeit, erhielt nach seiner Verhaftung durch die Gestapo eine zweijährige Zuchthausstrafe. Obwohl ihn das Urteil für wehrunwürdig erklärte, wurde er 1943 ins Strafbataillon 999 eingezogen. Zurück aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft (fünf Monate) trat Kostka 1945 in den Berliner Polizeidienst ein. Er führte, wie es in einer SED-Einschätzung heißt, nach der Polizeispaltung in der politischen Polizei (K 5) „vertrauliche Arbeiten zum Schutze unserer Partei“ aus. Zum „Haid-Apparat“ kam er als Instrukteur des SED-Zentralkomitees. Nach der Abwicklung der Haid-Truppe arbeitete Kostka beim VEB Industriewerk Ludwigsfelde (Kreis Zossen) als Technologe, 1957 im Institut für Motorenbau Ludwigsfelde, 1958 beim VEB Reparaturwerk Berlin-

72 Der Lebenslauf von Peter Wiesen und MfS-Dokumente über ihn finden sich unter BStU, Ffo, AIM 548/69. Vgl. auch MfS, HA IX/11, Aufzeichnung vom 8. Mai 1982 über Aussagen von Bernhard Behnke über die Eingliederung von Häftlingen aus Konzentrationslagern in die SS-Brigade „Dirlewanger“. BStU, ZA, MfS IX/11 AB 1250.

73 Vgl. Protokoll Nr. 59 der Sitzung des Sekretariats des ZK am 12. April 1951 zum künftigen Einsatz von Heinz Kostka. BArch DY 30/J IV 2/3/186.

Friedrichsfelde. Im gleichen Jahr erfolgte seine Verpflichtung durch Abt. VI des MfS zum IM „Heiko“.

Die Sektion A des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR beschäftigte Kostka seit 1958 im Chiffrierdienst unter anderem bei den Auslandsvertretungen der DDR in Conakry, Warschau, Delhi, Kairo und Hanoi. Er lieferte dem MfS aus den Botschaften Berichte über dort beschäftigte DDR-Bürger, aber aus Hanoi auch die Information von vietnamesischer Seite, daß eine Christa W. aus Luckenwalde dem Soldaten Palmer, Harry (Fw PTOI VR, 85 EVN Hose) Quin Nhon Südvietnam (21 DEC 65 RNW) eine Ansichtskarte geschrieben hatte. Die Karte wurde per Kurier via MfAA an das MfS, HA XX Kienberg weitergeleitet. 1974 erhielt Kostka alias „Heiko“ zum 24. Jahrestag des MfS die Verdienstmedaille der NVA in Silber. Aus dem Vorschlag zur Verleihung geht hervor, daß „Heiko“ seit 1964 für die Abteilung XI, aber auch „operativ“ für die Abteilungen HV A/III und HA VI des MfS tätig war. Kostkas Zusammenarbeit mit dem MfS endete laut „Abverfügung ins Archiv“ 1980 aus Altersgründen.<sup>74</sup> Nach seinem Ausscheiden aus dem MfAA hatte er noch hin und wieder Urlaubsvertretungen zur Sicherung des Verbindungswesens übernommen und das MfS zum Beispiel aus Sofia über „Verbindungsaufnahmen von DDR-Bürgern mit Westdeutschen und Bürgern des kapitalistischen Auslands“ auf dem laufenden gehalten.

Huldreich Stroh, Jahrgang 1905, („gottlos“), besuchte nach seiner Schlosserausbildung eine Berliner Abendschule. Es folgte eine Ausbildung in der Privatschule des späteren Berliner Oberbürgermeisters Dr. Arthur Werner zum Ingenieur. Stroh gehörte seit 1929 der KPD an. Nach einer Bewährung im AM-Apparat auf Unterbezirksebene wurde er rasch „Weissressortleiter“ und ab 1932 AM-Mitarbeiter auf Berliner Ebene. Von 1933 bis 1939 gehörte er als stellvertretender Reichsleiter weiterhin dem „Weissressort“ an. „Das Weissressort war eine Abteilung innerhalb des AM-Apparats zur Zersetzung aller rechtsstehenden Verbände, Parteien und ihrer militärischen Organisationen.“ Durch seine berufliche Stellung bei Daimler und ab 1936 als Siemens-Konstruktionsingenieur wurde Stroh erst im März 1945 zum Volkssturm eingezogen. Er desertierte jedoch bei erster Gelegenheit zur Roten Armee und arbeitete ab Juni 1945 im Berliner Polizeipräsidium mit Hermann Dünow in der Pressestelle II an der Sicherstellung von NS-Akten und danach in der Abteilung Personalpolitik des SED-Zentralsekretariats. Bereits am 6. April 1946 bat er Franz Dahlem schriftlich um Entbindung von seiner Funktion: „Mit der Personalpolitik innerhalb unserer Abteilung kann ich mich nicht mehr einverstanden erklären.“ Er bitte deswegen, eine Arbeit als Ingenieur aufnehmen zu dürfen. Der Bitte wurde nicht stattgegeben, Stroh wurde Hauptreferent in Dahlems Westkommission und als solcher Mitarbeiter der Parteaufklärung bei Bruno Haid. Nach der Auflösung des „Haid-Apparats“ arbeitete Stroh als stellvertretender Sonderbeauftragter des Maschinenbauministeriums in dem VEB Werkzeugmaschinen und Werkzeuge (WMW) Union Gera, 1954 wurde er Abteilungsleiter in der Staatlichen Plankommission, aus der er 1962 in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Aus Strohs Lebenslauf vom 31. August 1946 geht ein Detail seiner illegalen Arbeit in der NS-Zeit hervor, das aufhorchen läßt: „Im Anfang des Jahres 1933 kam ich in die Berliner Leitung, wo ich neben anderer Betätigung auch als Instrukteur für Berlin eingesetzt wurde. Während dieser Zeit, also 1933, erhielt ich von der Reichsleitung den Auftrag, die Befreiung Ernst Thälmanns aus dem Polizei-Präsidium zu organisieren. Nachdem

74 MfS, BV Potsdam, Abt. XI/3: MfS-Unterlagen zu Heinz Kostka alias IMS „Heiko“ (seit 1966 „Benno“). BStU, ZA, MfS, AIM 22556/80.

die Vorbereitungen sehr gut und weit gediehen waren (ich hatte mich von drei verschiedenen Gesichtspunkten an diese Aufgabe herangearbeitet) erhielt ich leider über die Reichsleitung vom ZK den Befehl, die Arbeit einzustellen, weil man doch mit der Möglichkeit rechnete, daß die Repressalien gegen inhaftierte führende Genossen zu groß werden würden.“

Ein eifriger SED-Mann aus der WMW Union Gera berichtete im Juli 1953 über einen gemeinsamen Himmelfahrtsausflug (Vatertag), an dem auch Huldreich Stroh und ein mit Fahrer angereister Offizier der Volkspolizei beteiligt waren. Der besorgte SED-Mann hielt sich wegen der bei dieser Gelegenheit „zutage getretenen Geschwätzigkeit des Gen. Stroh“ für verpflichtet, einen Bericht über „die Redereien eines führenden Funktionärs, vor allem in Gegenwart eines Fahrers, von dem man nicht weiß, wo er herkommt“, an die Parteikontrollkommission zu verfassen. „Der Genosse Stroh und der Offizier tauschten in unserer aller Gegenwart Erinnerungen aus der illegalen Kampfzeit aus.“ Nach einigen Glas Bier hätten Stroh und der VP-Offizier sich lauthals gerühmt, 1933 die Befreiung Ernst Thälmanns aus der Polizeihaft geplant zu haben. Stroh habe auch über einen des Verrats verdächtigen KPD-Mann gesprochen, der „in Paris von unseren Genossen umgelegt wurde“. Stroh habe dem Offizier auch erzählt, er habe „noch Verbindung zu Haid, der jetzt in Karl-Marx-Stadt als Richter tätig ist“. Der Beschreibung des eifrigen SED-Mannes zufolge handelte es sich bei dem aus Berlin angereisten Volkspolizeioffizier vermutlich um Hermann Dünow.<sup>75</sup>

Wegen eines an den Haaren herbeigezogenen Spionageverdachts leitete die Bezirksverwaltung Gera des Staatssicherheitsdienstes im November 1953 Ermittlungen gegen Huldreich Stroh ein. Stroh wurde im Rahmen des Gruppenvorgangs „Bandit“ bearbeitet, weil er von dem ehemaligen SED-Funktionär Ewald Christiansen gegenüber einer amerikanischen Dienststelle als angeblich kritischer SED-Mann benannt worden war. Er hatte daraufhin ein anonymes Schreiben erhalten, mit dem er zur Kontaktaufnahme in die Clay-Allee 80 nach West-Berlin eingeladen wurde. Eine Stasi-Agentin lockte Christiansen im November 1954 zu einem Schäferstündchen in den Ostsektor Berlins und veranlaßte dort seine Festnahme. In den folgenden Vernehmungen konnte Christiansen keine konkreten Angaben zu Stroh machen, von dessen angeblich kritischer Einstellung zur SED er lediglich gerüchteweise gehört hatte. Daraufhin stellte der Staatssicherheitsdienst die Ermittlungen gegen Stroh endgültig ein.<sup>76</sup>

Die Kerndaten des Lebenslaufs von Bruno Haid (1912 bis 1993) finden sich in einschlägigen Nachschlagewerken. Der Sohn eines jüdischen Schneiders trat 1931 von der SPD zur KPD über, er emigrierte 1933 nach Frankreich und gehörte dort zeitweise dem Abwehrdienst des KPD-Sekretariats in Paris an. Haid legte 1941 sein juristisches Staatsexamen vor einer Kommission der evakuierten Straßburger Universität im unbesetzten Teil Frankreich ab, kämpfte auf der Seite der  $\frac{1}{2}$ istance gegen die deutschen Besatzungstruppen und kehrte 1945 nach Deutschland zurück, wo er Mitarbeiter in der Kaderabteilung und der Westkommission der KPD/SED wurde. Im Unterschied zu seinen strafversetzten Mitarbeitern aus der Parteaufklärung fand Haid zunächst eine Weiterverwendung im geheimen Außenpolitischen Nachrichtendienst unter anderem als Lehrer der

75 Lebensläufe, Kaderfragebögen und MfS-Unterlagen über Huldreich Stroh finden sich unter BStU, MfS, ZA, AP 3802/56. Dort auch die Niederschrift des Berichts von Walter Günther vom 14. Juli 1953 über den Herrentagsausflug.

76 Ewald Christiansen erhielt 1955 eine lebenslängliche Zuchthausstrafe. Nach 15 Jahren kam er durch Freikauf in die Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Gruppenvorgang "Bandit" vom 30. November 1953 über Ewald Christiansen u. a. (Huldreich Stroh). BStU, Ast. Gera, AOP 128/55.

Schule der APN, bis er 1953 als Oberrichter in Chemnitz untergebracht wurde. Bereits 1954/55 begann seine neue Karriere als stellvertretender Generalstaatsanwalt. Sowohl in dieser Position wie auch zuvor in Karl-Marx-Stadt geriet Haid mehrfach mit dem MfS und der SED über Kreuz, da er sich eine eigene Meinung leistete und diese auch in Parteisitzungen vertrat. In Karl-Marx-Stadt ermittelte das SfS sogar kurzzeitig wegen Spionageverdachts gegen ihn. Die Überprüfung wurde durch eine Strafgefangene im Zuchthaus Osterstein ausgelöst, die Haid's Kammer wegen Verstößen gegen das Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Zahlungsverkehrs zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt hatte. Die Inhaftierte hatte gegenüber einer Mitinhaftierten, die als Informantin dem Staatssicherheitsdienstes verpflichtet war, geäußert, Haid habe sie bewußt nicht wegen Spionage verurteilt, da sonst sein in West-Berlin wohnender Studienfreund Dr. Batzel in den Fall verwickelt worden wäre. Dr. Ottomar Batzel war damals CDU-Bezirksbürgermeister in Charlottenburg und stellvertretenden Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Ermittler des Staatssicherheitsdienstes überprüften daraufhin, ob Haid Verbindungen nach West-Berlin unterhalte und kontrollierten alle unter seiner Verantwortung zustande gekommenen Urteile. Da sich keine Hinweise auf eine verdächtige Verbindung Haid's zu Batzel finden ließen und Haid's Kammer mehrere Personen wegen Spionage zu drastischen Strafen verurteilt hatte, stellte der Staatssicherheitsdienst den Untersuchungsvorgang ein, als Haid zur Generalstaatsanwaltschaft (GStA) nach Berlin versetzt wurde.<sup>77</sup>

In seiner neuen Dienststelle wandte Haid sich wiederholt gegen den Einfluß des MfS auf die staatsanwaltschaftliche Tätigkeit. In einer Beurteilung der SED-Kaderleitung des GStA wurde ihm vorgeworfen, daß er „sich bei der Auswahl seiner engsten Mitarbeiter nur vom fachlichen Standpunkt leiten ließ, ohne die politische Qualifikation gebührend zu berücksichtigen“. Das habe dazu geführt, „daß sich Genosse Haid mit politisch ungefestigten Genossen umgab und sich immer mehr vom gesamten Kollektiv der Partei entfernte“. Haid verlor 1958 im Zusammenhang der innerparteilichen Kämpfe seine Stellung, wegen „Vernachlässigung des Kampfes gegen die Konterrevolution“ und angeblicher Sympathien für die „Gruppe Schirdewan, Wollweber und Ziller“.<sup>78</sup> Zur Bewährung wurde er als Justitiar zu WMW Karl-Marx-Stadt strafversetzt, um seine „fehlende Verbindung zu den Werktätigen“ korrigieren. Die Abteilung III/1 der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt hielt ihn fortan „unter Kontrolle“. Im Juni 1959 ging der Kontrollvorgang an die Verwaltung Groß-Berlin Abt. II weiter, da die SED Haid nun auf eine Stelle im Justitiariat des VEB Hermann Schlimme in Berlin versetzt hatte.<sup>79</sup>

Am 30. Juni 1959 leitete Markus Wolf eine Mitteilung der Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS über „Haid, Bruno – ehem. Mitarbeiter der HV A“ an „Gen. Minister“ weiter. Darin ist die Rede von einem sehr deprimierten Zustand, in dem sich Haid befindet: „Er äußerte, daß ihm das Leben zum Hals heraus hinge und wenn er seine Frau und seine Kinder nicht hätte, nicht wisse, was er tun würde.“ Erich Mielke notierte am 1. Juli 1959 auf dem Kopf der Mitteilung: „Gen. Beater! mit geeignetem Mitarbeiter Kontakt aufnehmen“. Bereits fünf Tage später fand ein entsprechendes Gespräch mit Bruno Haid statt. Laut einem darüber gefertigten nicht unterzeichneten Bericht, der von MfS-Oberst

77 SfS, BV Karl-Marx-Stadt - Abt. V/IV; Hauptmann Bretschneider: Überprüfung von Bruno Haid wegen Spionageverdachts. Die Ermittlungen wurden vom 20. November 1953 bis 17. September 1954 geführt. BStU, Ast. Chem, AOP 255/54.

78 Vgl. Protokoll Nr. 15/58 der Sitzung des Politbüros des Zs am Dienstag, dem 01.04.1958, im Zentralhaus der Einheit, Großer Sitzungssaal. SAPMO – BArch DY 30/J IV 2/2/587.

79 Vgl. MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. III/1: Versetzung von Bruno Haid wegen falscher politischer Haltung, Information vom 4. August 1958. BStU, Ast. Chem, AOP 255/54, Beiakte.

Erich Jamin stammt,<sup>80</sup> legte Haid eine umfassende Selbstkritik über seine früheren Fehleinschätzungen und Irrtümer ab. Er erklärte „die Maßnahmen der Partei im Bezug auf Funktionsentzug und Parteirüge wären berechtigt“. Er selbst sei der Auffassung, „daß er seine damaligen Fehler einsieht und überwunden hat“. Haid äußerte im Laufe des Gesprächs mehrere künftige Beschäftigungswünsche, darunter „auch eine Tätigkeit im Ministerium für Kultur“. Am Ende kommt der Berichterstatter zu dem Ergebnis, Haid habe „seine Hauptschwäche, die Überheblichkeit“ überwunden und erkannt, „daß sich die Partei auch ohne ihn entwickelt und auskommt“. Die abschließende Empfehlung lautet, daß „die künftige Zusammenarbeit mit Haid ‚durch einen qualifizierten Mitarbeiter erfolgt‘. So wurde verfahren. Nachdem Haid aus der Volkswirtschaft ins Ministerium für Kultur versetzt worden war, schloß die MfS-Kreisdienststelle Treptow im Mai 1962 seine ‚Operative Personenkontrolle‘ und übergab den Vorgang dem MfS-Archiv.

Für Bruno Haid's Zeit als Abteilungsleiter und stellvertretender DDR-Kulturminister belegen MfS-Unterlagen eine enge Kooperation mit dem Staatssicherheitsdienst. Er gebe, hieß es in einem Auskunftsbericht von 1968, dem MfS ‚entsprechend seinen Möglichkeiten voll Unterstützung‘. Neben der ‚offiziellen Zusammenarbeit‘ mit der Hauptabteilung XX des MfS diene Haid inoffiziell als IM ‚Grade‘ offenbar außerdem der HV A. Ein Schreiben der HV A an die Hauptabteilung XX vom 14. April 1967, das sich in Haid MfS-Akte findet, befaßte sich mit der Altersversorgung im Bereich der Hauptverwaltung Verlage für den IM ‚Grade‘. „Der IM hatte mit einer Eingabe ‚das MfS um Unterstützung in seinen Bemühungen zur Erlangung einer Altersversorgung‘ gebeten. Da ‚die Notwendigkeit, dem IM zu helfen‘, gegeben sei, solle nun ‚mit Einverständnis des Leiters der Hauptverwaltung A, Genossen Generalleutnant Wolf‘ mit Hilfe der Hauptabteilung XX ‚Maßnahmen durchgeführt werden, um die Angelegenheit positiv zu erledigen‘. Positiv zu erledigen war, wie ein beiliegender tabellarischer Lebenslauf verdeutlichte, die Anrechnung der Tätigkeit Haid's im ‚Apparat der KPD in Berlin und ab 1933 in Paris‘ auf seine Altersversorgung.<sup>81</sup>

### *Überarbeitete Geschichte*

Alles in allem beruhte das von Ackermann und Wolf für Ulbricht ausgearbeitete Unterwanderungsszenario der Parteiaufklärung überwiegend auf Machinationen. Diese speisten sich zum Teil aus der damals grassierenden stalinistischen Agentenpsychose, es waren aber auch willfährige Handreichungen für den Fraktionskampf Walter Ulbrichts gegen Franz Dahlem. Markus Wolf erwähnte in seinen „Erinnerungen“ Bruno Haid nicht, obgleich die HV A von dessen Agentennachlaß erheblich profitiert hat. Wolf hüllt die

80 Aus einer Information der MfS-Abteilung für Kaderfragen an das Sekretariat des Zentralkomitees (Abteilung für Kaderfragen) vom 12. Februar 1963 betr. Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees vom 30. 1. 1963 – Einsatz des Genossen Bruno Haid als Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im Ministerium für Kultur geht hervor, daß Erich Jamin 1959 die Gespräche mit Haid über dessen Zukunft führte. Haid und Jamin kannten sich schon aus der Zeit vor 1933 und arbeiteten nach 1945 eng zusammen, Jamin führte bis zur Überleitung ins MfS die verdeckte politische Polizei K 5. Vgl. BArch DY 30/J IV 2/3/277 und zur Nachkriegszeit Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg, S. 287 f.

81 MfS-Unterlagen zu Bruno Haid finden sich unter BStU, ZA, MfS AP 40637/92 bzw. unter MfS (SfS), BStU, Ast. Chem, AOP 255/54 und Beiakte. Bruno Haid holte sich 1990, als dies möglich wurde, seine Kaderakte aus dem Archiv des SED-Zentralkomitees ab. In der SAPMO-Überlieferung finden sich deswegen nur Bruchstücke zu Haid in entsprechenden Beschlußvorlagen der zentralen Parteigremien. Mit den Archiven des MfS überdauerte aber eine faktische Doublette seiner frühen Kaderakte, die sich Anton Ackermann und Markus Wolf bei der „Beleuchtung“ Haid's 1951 beschafft hatten.

dann doch angetretene Erbschaft in die verquaste „Selbsterkenntnis“, es sei ihm später „klargeworden, daß man einmal gefaßte Meinungen ständig überprüfen muß“. Das habe es ihm und seinen Leuten möglich gemacht, „einige Spitzenquellen im Westen wieder zu aktivieren, nachdem wir sicher sein konnten, daß es den westlichen Diensten nicht gelungen war, sie zu identifizieren“.<sup>82</sup> Tatsächlich hatten Markus Wolf und seine Mitarbeiter 1951/52 nicht die westlichen Dienste ausmanövriert, sondern ihre eigenen Leute aus dem Apparat der Parteiaufklärung. Beginnend mit der Abwicklung des Dünow-Apparats im Berliner Polizeipräsidium durch den „Haid-Apparat“ Franz Dahlems und dessen feindliche Übernahme durch Ulbrichts guten Wolf säuberten sich die Funktionäre der kommunistischen Untergrund- und Spionagearbeit solange gegenseitig, bis die neue Ordnung ihre dann fast vierzig Jahre überdauernde institutionelle Form gefunden hatte. Ein geschmeidiger Mann wie Markus Wolf, der rechtzeitig erkannt hatte, woher und wohin der Wind weht, stieg in diesem System auch deswegen so schnell auf, weil er keine alten Rechnungen mit den anderen konspirativen Existenzen zu begleichen hatte, weil er Walter Ulbricht seit dessen Rückkehr im April 1945 willfährig zur Hand gegangen war und weil er frei war von allen Bindungen an die alte Untergrundorganisation und deren überlebende Funktionäre.

Die Nachkriegsgeschichte der Dünow-Gruppe steht zum einen als Exempel für den kommunistischen Zugriff auf die Personalpolitik der Berliner Polizei, zum anderen erklären sich hier die kontextuellen Beweggründe für die Reaktion der sozialdemokratischen und bürgerlichen Gegenspieler auf die kommunistische Selbstermächtigung im Polizeiapparat. Dort hatte der Systemkonflikt schon 1945/46 derart scharfe Konturen angenommen, daß eine Unvereinbarkeit der gegeneinander stehenden ordnungspolitischen Ziele offen zutage trat. Dieser Konflikt um Demokratie oder Diktatur verdeutlicht, wie aufgesetzt das Schema der Neudeuter des Kalten Krieges ist, die auch den politischen Akteuren des demokratischen Spektrums nur noch die Bedeutung von Schachbrettfiguren im Ringen der Großmächte zuschreiben. Der Nachkriegskonflikt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Berliner Polizei speiste sich 1945/46 jedoch aus der Vergangenheit der Beteiligten und aus ihren Vorstellungen über die politische Zukunft Deutschlands. Den ehemaligen AM-Terroristen standen Leute gegenüber, die schon in der Weimarer Republik von ihnen als „Feinde“ der Arbeiterklasse bekämpft worden waren. Es war nicht „der ideologische Gegensatz zwischen Rußland und den USA“, der hier zum Tragen kam, sondern der Gegensatz zwischen Anhängern einer demokratischen Republik und Verfechtern der „Diktatur des Proletariats“. Der Versuch, das aus der Äquidistanz einer neuen „Wertfreiheit“ als Auseinandersetzung zweier „Weltanschauungen“ über den Leisten zu brechen, bleibt geschichtsblind gegenüber den Motiven der damals Beteiligten.<sup>83</sup> Doch um die Beweggründe des handelnden Personals geht es den geschichtswissenschaftlichen Wolkenschiebern ohnehin nicht. Sie basteln an einer Neuauflage ihrer linken Welterklärung. Wenn dabei, wie schon vor 1989, die Realgeschichte des Kommu-

82 Markus Wolf: Spionagechef, S. 69.

83 Vgl. u. a. Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947—1991. München 2007, S. 29 bzw. die ganz in diesem Sinne ausgerichtete jüngste Tagung (3.–5. November 2011) der Bundeszentrale für politische Bildung, des Instituts für Zeitgeschichte und des Deutschland Archivs zum Thema „Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik. Zur politischen Kultur des kalten Krieges“. In der Einladung zu dieser Tagung hieß es verquast, der Kalte Krieg habe „seine Legitimität aus dem ideologischen Konflikt zwischen parlamentarischer Demokratie im Westen und Staatssozialismus im Osten“ gezogen. Die parlamentarische Demokratie als Ideologie – wer sich erinnern möchte, weiß schon noch, was damit gemeint ist.

nismus und die davon betroffenen Menschen stören, wird darüber hinweg theoretisiert – wie gehabt.

Der innere politische Kompaß, der DDR-Funktionären wie Dünow, Haid et al. als Wegweiser diente, war schon lange vor Beginn des Kalten Krieges auf Koordinaten geeicht, die das Denken und Handeln dieser Männer durch drei politische Systeme hindurch bestimmten. Der Kalte Krieg war für diese Kommunistengeneration nur ein weiteres Stadium des Klassenringens, in dem sie sich schon im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts engagiert und bewährt hatten. Die aus der Epoche des Kalten-Kriegs abgeleiteten Erklärungsmuster greifen zu kurz, wenn es um das Verständnis der Prägungen und politischen Motive dieser kommunistischen Funktionäre geht. Selbst in Phasen großer Entspannung blieben sie ihrer Grundüberzeugung treu, daß „der Klassenfeind“ letztlich allein im Kampf und nicht durch Kompromißlösungen im Zaum zu halten sei – ganz im Sinne Rosa Luxemburgs und des Spartakusbundes – nur durch „Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“.